

FORM NO. 51-61A
NOV 1948

CLASSIFICATION RESTRICTED

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

REPORT

INFORMATION REPORT

COUNTRY Germany

DATE DISTR. 23 June 1948 ?

SUBJECT Summary of German Radio and Press Reports

NO. OF PAGES

PLACE
ACQUIRED

NO. OF ENCLS.
(LISTED BELOW)

STAT

DATE OF I
ACQUIRED

SUPPLEMENT TO
REPORT NO.

WE

THIS DOCUMENT CONTAINS INFORMATION AFFECTING THE NATIONAL DEFENSE
OF THE UNITED STATES WITHIN THE MEANING OF THE ESPIONAGE ACT 50
U. S. C., 31 AND 32, AS AMENDED. ITS TRANSMISSION OR THE REVELATION
OF ITS CONTENTS IN ANY MANNER TO AN UNAUTHORIZED PERSON IS PRO-
HIBITED BY LAW. REPRODUCTION OF THIS FORM IS PROHIBITED. HOW-
EVER, INFORMATION CONTAINED IN BODY OF THE FORM MAY BE UTILIZED
AS DEEMED NECESSARY BY THE RECEIVING AGENCY.

STAT

THIS IS UNEVALUATED INFORMATION

The attached summaries of German radio and press reports are being sent
to you for retention in the belief that they may be of interest to you.

STAT

EVALUATE

CLASSIFICATION RESTRICTED

STATE	NAVY	NSRB	DISTRIBUTION									
ARMY	AIR	ORE	X									

STAT

Page Denied

RESTRICTED

No. 89

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 2. Mai 1949

Halle: Einen ständigen Briefwechsel mit ihren Kollegen in Eisenfeld wollen die Werktätigen des Halleschen Maschinenbauwerks Halle führen. Wir sind uns einig, daß ihr genau so wie wir unter der Spaltung Deutschlands leidet. Die Zonen Grenzen können jedoch durch die Zusammenarbeit aller Menschen aufgehoben werden.

Frankfurt a.O.: Zwei weitere Transporte mit 2 518 Heimkehrern trafen im Heimkehrerlager Gronowfeld ein. Die Heimkehrer, die aus dem Ural und Kaukasus kommen, werden am Mittwoch in ihre Heimatorte weitergeleitet. Ein Stuttgarter erklärte, daß er in einem Bergwerk in Ural monatlich bis zu 1 200 Rubel verdient habe. Für diesen Betrag habe er sich zusätzlich Lebensmittel kaufen können.

Dresden: Die letzten 25 für Sachsen bestimmten Traktoren sind heute in Dresden eingetroffen. Damit hat Sachsen die vorgesehene Zahl von 50 erhalten, und zwar je 25 Rad- und Raupenschlepper.

Auszüge aus dem Kommentar von ZOFFER:

In der Ostzone ist der 1. Mai, der internationale Kampftag der Werktätigen, zu einem wirklichen Festtag für alle geworden. Aus allen Städten wird von dem überwältigenden Eindruck der Demonstrationen berichtet. Überall demonstrierten die Werktätigen für die Einheit Deutschlands, für Frieden und Völkerverständigung. Auf Plakaten und Transparenten wurden über die Planvorhaben berichtet. Auf mitgeführten Wagen wurden die Erzeugnisse gezeigt. Der alte Kampftag ist zu einem Festtag geworden, zu einem Festtag der Arbeitserfolge. Doch dieser stolze Bericht ist gleichzeitig Kampfansage gegen die westlichen Besatzungsmächte, die die Werktätigen in politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit haben wollen. Während in Westdeutschland die Kampfparolen sich gegen die verhängnisvollen Folgen der separaten Währung usw. richteten, waren die Feiern in der Ostzone ein wichtiges Bekenntnis zu einer antifaschistisch-demokratischen Wirtschaft. So wurden als Auftakt zum 1. Mai in 65 volkseigenen Betrieben und SAC's in Sachsen innerbetriebliche Wettbewerbe durchgeführt, die hervorragende Leistungen zu Tage brachten. In Sachsen-Anhalt verpflichteten sich die Betriebe zu einem neuen Wettbewerb, und zwar soll u.a. der Selbstkostenpreis gesenkt werden.

Sender Leipzig vom 3. Mai 1949

Dresden: Die Einfuhr von 1,5 Millionen Einheiten Insulin ist im Austausch gegen einen Posten Einlegesohlen sichergestellt worden. Insulin kann zur Zeit in der Ostzone noch nicht in ausreichenden Mengen produziert werden.

Berlin: Zu den bevorstehenden Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongreß hat die FDJ zusammen mit den Organisationen und Parteien einen Aufruf erlassen. Darin heißt es u.a., daß bei den Vorbereitungen zur Wahl des kommenden Volkskongresses es die Aufgabe der Jugend sei zu beweisen, daß sie an der Spitze des Kampfes für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden stehe. Die FDJ fordert alle Jugendlichen auf, sich mit allen Kräften für die Vorbereitung und Durchführung des Volkskongresses einzusetzen. Kein Jugendlicher dürfe bei der Abstimmung fehlen. Zur Wahl der Volkskongreßvertreter werde die deutsche Jugend durch ein einstimmiges Ja ihre Entscheidungsfähigkeit bekunden.

Auch die CDU fordert ihre Mitglieder auf, die Delegierten durch die Stimmabgabe zu bestätigen. Die CDU könne für sich das Recht in Anspruch nehmen, von der ersten Stunde ihres Bestehens an einen leidenschaftlichen Kampf für die Einheit des Vaterlandes geführt zu haben. In ihrem Aufruf führt sie weiter aus, daß ein dritter Weltbrand Deutschland zu einem Schlachtfeld machen würde.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 8

Presseberichte aus Westdeutschland

Vaterländische Union. Der Gründer des soeben in München lizenzierten neuen Partei "Vaterländische Union", REITENHANS, hat vor Pressevertretern erklärt, es sei notwendig, die "aktive Abwehrbereitschaft Westdeutschlands gegenüber der Gefahr aus dem Osten" herzustellen. Die "Vaterländische Union" sei entschlossen, dem Kommunismus, wenn nötig auch illegal, mit Waffengewalt, entgegenzutreten. Die Hilfe der Alliierten sei für eine Wiederaufrüstung Deutschlands zu Defensivzwecken unerlässlich. "Wir brauchen Waffen zum Schutze Deutschlands, ganz gleich, woher sie kommen". Eine allgemeine Wehrpflicht erbringe sich, da genügend Freiwillige für einen Abwehrkampf gegen den Osten vorhanden seien. Eine neu konstituierte Wehrmacht dürfe aber nur als gleichberechtigter Partner mit den Alliierten kämpfen, nicht als Kolonialarmee. Der Krieg sei zwar aufschiebbar, aber unvermeidlich. Reitenhans sagte, diese seine Forderungen habe er bei der Beantragung der Lizenzierung seines Parteiprogrammes der Mil.Reg. nicht vorgelegt. Allgem. Ztg. vom 4. Mai 1949

Wahlgemeinschaft der Heimatvertriebenen. Am Sonntag konstituierte sich eine "Wahlgemeinschaft der Heimatvertriebenen in Bayern" für die kommenden Wahlen zum Volkstag in München. Einem neugebildeten Ausschuss der für eine ausreichende Mitwirkung der Heimatvertriebenen im Bundesparlament sorgen soll, gehören vier maßgebende Mitglieder des "Heimatsverbundes" an. Die Verhandlungen mit der "Notgemeinschaft", die der Wahlgemeinschaft voraussichtlich auch beitreten wird, sind noch nicht abgeschlossen.

Südt. Ztg. vom 3. Mai 1949

Trizonen-Gewerkschaft. Bis zum Spätherbst soll der trizonale Zusammenschluß der westdeutschen Gewerkschaften vollzogen werden. Bis August sollen auf Grund der zur Zeit geführten Verhandlungen die einzelnen Industrieverbände auf trizonaler Grundlage zusammengeschlossen werden. Die Vereinigung der sieben bestehenden Landes- und Zonengewerkschaftsbünde zu einem gemeinsamen Bund soll anschließend im September durchgeführt werden, so daß dann auf einem allgemeinen Kongreß die Vereinigung vollzogen werden kann. Die Gewerkschaften legen großen Wert darauf, daß ihre Organisation von kommunistischen Einflüssen frei bleibt.

Vor dem trizonalen Zusammenschluß kann über eine Beteiligung der westdeutschen Gewerkschaften an einem internationalen Gewerkschaftsbund nicht entschieden werden.

Die Neue Zeitung vom 3. Mai 1949

Grundgesetz. Der Vorsitzende der Zentrumspartei, Dr. STRICKER, erklärte auf mehreren Tagungen seiner Partei, das Zentrum werde unter keinen Umständen einen Grundgesetz zustimmen, in dem das Elternrecht beschnitten werde. Der Vertreter des Zentrums in Bonn, BROCKMANN, sagte, das Zentrum werde zusammen mit der Deutschen Partei in Bonn beantragen, das Elternrecht im Grundgesetz zu verankern.

Die Welt vom 3. Mai 1949

Bayerische VVN. Die Bayerische Widerstandsbewegung erörterte auf ihrer Frühjahrskonferenz das Verhältnis der politisch Verfolgten christlichen Richtung zur VVN. Dabei wurde erörtert, daß von 180 000 politisch Geschädigten und Verfolgten in Bayern keine 10 000 Mitglieder der VVN seien weil den meisten von ihnen der kommunistisch beeinflusste Kurs der Organisation untragbar erscheint. Es wurde eine Resolution angenommen, in der es heißt, die VVN umfasse nur einen kleinen Teil der tatsächlich geschädigten Personenkreise. Andererseits sei das Ergebnis der aktiven Beteiligung der Kommunisten und sonstiger Linksradikaler, daß die Entscheidungsgewalt auch in der VVN Bayerns in kommunistische Hände übergegangen sei. Es scheine deshalb dringend erforderlich, den christlichen heimatstreuen und bürgerlichen Kameraden denselben organisatorischen Rückhalt zu geben, den auch die Parteileitung der SPD ihren Anhängern zu schaffen in Aussicht stellte. Die SPD-Vertreter erklärten sich bereit, zusammen mit der Bayerischen Widerstandsbewegung eine nichtkommunistische Organisation der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten in Bayern aufzubauen.

Südt. Ztg. vom 3. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 128

Auszüge aus Presseberichten

Neuanwerbungen für Uranbergbau. In dem Stollen des Uranbergwerkes Schneeberg-Neustädtel, in dem für ein Jahr 190 Bergarbeiter eingenommen, werden die Uran-Bohrungen wieder aufgenommen. Die Werkleitung glaubt, an dieser Stelle das bisher größte Uran-Vorkommen entdeckt zu haben.

Der Stollen befindet sich direkt unter einem Teich. Im vergangenen Jahr haben die Erdmassen den Druck des Wassers nicht standhalten können, so daß der Schacht innerhalb weniger Minuten nach einem Wassereintrich vollkomme überflutet war und alle Arbeiter den Tod fanden. Die Bergwerksleitung hat denjenigen Arbeitern, die sich freiwillig für die Bohrungen zur Verfügung stellen, eine Vorauszahlung von 3 500 Ostmark, 500 Zigaretten und größere Lebensmittelzuwendungen versprochen. Bisher sollen sich aber nur 15 Bauer gemeldet haben. Auf Befehl der sowjetischen Behörden sollen politische Häftlinge aus den KZ's und Strafgefangene aus den Gefängnissen in der SBZ in den Schacht versetzt werden. Geflohene Häftlinge berichten übereinstimmend, daß man die Stolleneingänge nach Einfahrt jeder Schicht vermauert, um die restliche Anlage vor einem Wassereintrich zu sichern. Die Neue Zeitung vom 3. Mai 1949

Professor KASTNER hat Dr. Adenauer zu einer privaten Besprechung nach Berlin eingeladen.

Allgem. Ztg. vom 3. Mai 1949

Grundstücksverkehr in der Ostzone. Die DWK und die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft haben Durchführungsverordnungen zum Kontrollratsgesetz 45 erlassen, die den gesamten Grundstücksverkehr einschränken. So soll z.B. die Genehmigung versagt werden, wenn der Erwerber, Pächter usw. zu den Personen gehört, die unter Ziffer 3 des Befehls 201 (Naziaktivisten und Kriegsverbrecher) fallen. Auch die beiden anderen Gesichtspunkte, daß der Vertragsabschluß unter falschen Angaben oder die Genehmigung bei Mißbrauch der Amtsstellung zustande gekommen ist, sind zu vertreten. Entscheidend ist der vierte Gesichtspunkt, nach dem die Genehmigung zu versagen ist, wenn "sie die Bildung eines land- und forstwirtschaftlichen Besitzes zur Folge hätte, der den Umfang einer Familienwirtschaft dauernd übersteigt". Der Zweck dieses Passus ist zu verhindern, daß Grundbesitz wiedervereignet wird. Die durchschnittliche Größe einer Familienwirtschaft, bei der keine fremden, für die Dauer angestellten Arbeitskräfte zur ordnungsgemäßen Bewirtschaftung benötigt werden, wird mit ca. 10 ha angenommen. Das bedeutet, daß kein größerer Bauer auf dem Wege des Kaufs, der Schenkung oder der Pacht Boden hinzuerwerben kann. Auch kleine Parzellen unterliegen der Genehmigungspflicht. Eine untere Grenze gibt es nicht. Da der Grundstücksverkehr noch groß gewesen ist, werden die Behörden in Zukunft viel mit der exakten Nachprüfung zu tun haben. Ihre Tätigkeit soll sich nicht nur auf rein landwirtschaftlichen Boden erstrecken, sondern auch auf den Erwerbsgartenbau, den Erwerbsobstbau und die Fischerei. Als Genehmigungsbehörde gelten im Allgemeinen die Landratsämter. Ihnen obliegt auch die Überwachung der Sicherung der Landbewirtschaftung. Die Befugnisse sind weitgehend, denn es ist dem Ermessen anheimgestellt, was als "ordnungsgemäße Bewirtschaftung" anzusehen ist. Die Kreisräte haben die Befugnis, die Landbesitzer überwachen zu lassen, Treuhänder zu bestellen und Zwangsverpachtung anzuordnen. Bei den Neubauern bleiben bezüglich des Besitzwechsels die einschränkenden Bestimmungen der Bodenreformgesetze in Kraft; bei notwendig werdender Zwangsverpachtung ist die Hauptverwaltung Land- und Forstwirtschaft zu hören. Auch hypothekarische Belastungen sind nach wie vor bei Neubauernbetrieben bis auf die offiziell zugeteilten Baukredite verboten. Bei allen anderen Wirtschaften besteht eine Genehmigungspflicht, wenn die Belastung 50 v.H. des Einheitswertes übersteigt. Diese Bestimmungen gelten für den Grundstücksverkehr unter Lebenden. Über die Vererbung von Grundbesitz stehen ebenfalls neue Bestimmungen bevor, die verhindern sollen, daß sich auf dem Wege des Erbgauges Betriebe bilden, die das Ausmaß einer Familienwirtschaft übersteigen. Wirtschafts-Ztg. v. 4. Mai 49

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 127

Auszüge aus Presseberichten

=====

Landwirtschaftsplan und Investitionen. Der Landwirtschaftsplan in der Ostzone sieht für 1949 Erweiterungen der gesamten Anbaufläche, Erhöhung der Hektarerträge, Besserung der Saatgutqualität und Vermehrung des Viehbestandes und der tierischen Erzeugnisse vor. Die entscheidende Aufgabe wird in der Steigerung der Hektarerträge unter weiterer Annäherung an den Stand von 1939 erblickt; sie sollen in diesem Jahr bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Kulturen (Getreide aller Art, Kartoffeln, Zuckerrüben, Ölfrüchten und Faserpflanzen) um mindestens ein Zehntel zunehmen. Die gesamte Anbaufläche wird bis zur Ernte um rund 31 000 ha erweitert. - Beim Anbauplan für 1948/49 wurde vor allem auf die Erweiterung der Winteraussaat Wert gelegt. Der Ölfrüchtanbau wird besonders verstärkt. Bei der Saatguterzeugung sollen Ölfrüchte, Faserpflanzen, Zuckerrüben, Futterhackfrüchte und Gräser bevorzugt werden. Für neues Ackerland sind für 1949/50 rund 50 000 ha angesetzt. Im Anschluß an die Meliorationsarbeiten (Trockenlegung und Bewässerung) des vergangenen Jahres sind weitere 57 500 ha landwirtschaftliche Landereien zu verbessern.

Die Viehvermehrung soll sich besonders auf schnellwüchsige Tiere (Schweine) erstrecken. -

Gemäß der Verordnung über den Volkswirtschaftsplan für das Jahr 1949 wurden einzelne Pläne aufgestellt für Industrie, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr usw. Der Plan für die großen Investitionen erstreckt sich auf alle Gebiete der Industrie und Landwirtschaft, des Verkehrs, des Wohnungsbaues, des Gesundheitswesens, der Volksbildung und sozialen Einrichtungen. Insgesamt sind Investitionen in Höhe von 1 384 Mill. DM vorgesehen, davon im Wohnungsbau 20, in Kultur- und Sozialbauten 19, in der Land- und Forstwirtschaft, im Verkehr, im Post- und Fernmeldewesen und in der Industrie 49 und in anderen Wirtschaftszweigen 12 %. Der Investitionsbedarf wird mit rund 57 % aus dem Staatshaushalt gedeckt, mit weiteren rund 31,5 % aus der laufenden Amortisation und zu 11,5 % im Wege langfristiger Kredite.

Wirtschaftsrevue vom 29. April 1949

Sowjets bergen Dampfer. Um die zahlreichen gesunkenen Handelsdampfer, die vor der Ostseeküste auf Grund liegen, für die Flotte der UdSSR nutzbar zu machen, versucht der Beauftragte des sowjet. Marineministeriums, Abt. Meerflotte, dem die in der Ostsee stationierten Bergungskommandos der sowjet. Kriegsmarine unterstehen, die Hebung von Schiffen in verstärktem Maße in Gang zu bringen. Da die sowjet. Marineeinheiten im Küstengebiet der Ostzone nur über einige Beutefahrzeuge verfügen, sind sie auf die Unterstützung deutscher Firmen angewiesen. Mit ihrer Hilfe gelang es, die "Berlin" (15 000 BRT), das Segelschulschiff "Gorch Fock" und die "Robert Möring" (6 000 BRT) flottzumachen. - Besonderes Interesse zeigen die Sowjets für das vor Saßnitz liegende 22 000 BRT große Überseeschiff "Hamburg". Es gelang ihnen vor einiger Zeit, die Konstruktionszeichnungen des Schiffes zu erhalten. Erste Untersuchungen deutscher und sowjet. Bergungsspezialisten ergaben, daß der Schiffskörper nur wenige Zerstörungen aufweist. Die Ladung besteht zum großen Teil aus Kabeln, Motorbootskörpern und U-Boots-Teilen. Man nimmt an, daß die Maschinenanlage unbeschädigt ist. Neuesten Meldungen zufolge soll das Schiff noch in diesem Sommer schwimmfähig gemacht werden. Rund 200 deutsche Arbeiter sind schon angeworben worden. Über die Finanzierung des Projekts ist noch nichts Näheres bekannt.

Die Welt vom 30. April 1949

Korundherstellung. Die Elektroschmelze in Zschornowitz (Krs. Bitterfeld) ist das einzige Werk der SBZ, das auf synthetischem Wege Korund für Schleifmittel und für den Maschinenbau sowie auch für die optische Industrie herstellt. Die Produktion beläuft sich monatlich zur Zeit auf 734 Tonnen, soll jedoch noch im Laufe dieses Jahres auf 900 Tonnen und 1950 auf 1140 Tonnen erhöht werden.

Tgl. Rundschau vom 17. April 1949

Das Chemiewerk Pommerensdorf in Oranienburg bei Berlin hat einen neuen Wedge-Rostofen mit einer Leistungsfähigkeit von täglich 18 t Schwefelsäure errichtet. Die Schwefelsäureproduktion soll dadurch um die Hälfte gesteigert werden.

Wirtschaftsrevue vom 29. April 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 7.

Presseberichte aus Westdeutschland

Grundgesetz. Min. Präs. Dr. SHARD versicherte in einer Pressekonferenz, daß er sich durch keine Torschluß-Stimmung in seiner Haltung gegenüber dem Grundgesetz beeinflussen lassen werde. Er lasse sich niemals eine Entscheidung aufdrängen, bevor er die endgültige Fassung des Grundgesetzentwurfes kenne. Im Übrigen müßte es schlecht um das demokratische Denken in Deutschland bestellt sein, wenn ein eventuelles NEIN nicht ertragen werden könnte. In den Londoner Vereinbarungen sei ja auch der Fall vorgesehen, daß nicht alle Länder dem Grundgesetz zustimmen. Eine umsichtige deutsche Politik müsse eben mit gewissen bayerischen Tatsachen rechnen. An Umsicht würde es der deutschen Politik aber fehlen, wenn man die Verfassung des Bundesstaates ohne die Zustimmung Bayerns zustandekommen ließe. Eines könne er aber heute schon sagen: "Wie meine Entscheidung auch fallen mag, es gibt für mich keine separatistischen Vintergedanken. Mein Nein wäre so beschaffen, daß es besser zur Befriedigung im neuen Bund beitragen würde als ein falsches, abgepreßtes Ja. Bayern hat so und so als besonderer Rückhalt deutscher föderalistischer Denkweise innerhalb des kommenden Bundesstaates eine Aufgabe zu erfüllen, für die es sich sauber halten muß". Auf keinen Fall habe die künftige Entscheidung etwas mit monarchistischen Gefühlsdingen zu tun.

Süddt. Ztg. vom 3. Mai 1949

In Franken haben die Erklärungen von Dr. Hundhammer und Dr. Baumgartner erhebliches Aufsehen erregt. Wie der Landtagsabgeordnete Dr. LINWERT erklärte, wird die FDP jede Form von bayerischem Separatismus entschieden bekämpfen. Abg. Fischer (SPD) vertritt die Meinung, der bayerische Separatismus werde in Franken auf energischen Widerstand stoßen.

Süddt. Ztg. vom 3. Mai 1949

Papst Pius hat einen Brief an die deutschen Kardinäle gerichtet, in dem er seiner wachsenden Sorge über die Entwicklung der Verfassungsarbeit in Bonn Ausdruck gibt. Der Papst schreibt, er habe mit Befremden von den nichtssagenden Argumenten Kenntnis genommen, mit denen die Gegner der katholischen Weltanschauung sich bemühten, der katholischen und christlichen Bevölkerung Deutschlands die Sicherung des Elternrechts auf die religiöse Erziehung der Schulkinder sowie die in den Reichs- und Länderkonkordaten verankerten kirchlichen und kulturellen Freiheiten vorenthielten. Die Schulabstimmungen hätten die Auffassung unmißverständlich ergeben, aber die Gegner der kirchlichen Freiheiten versuchten immer noch eine Regelung durchzusetzen, die den wirklichen Volkswillen nicht zur Auswirkung kommen lasse. Er hoffe jedoch, daß der Sinn für Gerechtigkeit sich schließlich durchsetzen werde.

Allgem. Ztg. vom 3. Mai 1949

Doppelhauptstadt? Im Laufe dieser Woche wird eine Sondersitzung des Plenums einberufen werden, auf der neben der Frage einer Errichtung von Übergangs-Exekutiv-Organen der künftigen Bundesregierung auch die Entscheidung über den provisorischen Sitz der Bundesorgane fallen soll. Es heißt, es bestehe im Parlamentarischen Rat schon jetzt nicht mehr die Frage Frankfurt oder Bonn, sondern nur noch die Streitfrage, ob Westdeutschland eine Doppelhauptstadt mit der Spitze in Bonn erhalten solle. Auf einer Pressekonferenz wurde am Montag den Vermutungen entgegengetreten, es sei bereits in der vergangenen Woche eine Entscheidung zugunsten von Bonn gefallen.

Allgem. Ztg. vom 3. Mai 1949

Die Freie Demokratische Partei Nordrhein-Westfalen hat auf ihrem Parteitag in Düsseldorf die Garantie einer Revisionsmöglichkeit für das Bonner Grundgesetz gefordert.

Allgem. Ztg. vom 3. Mai 1949

D.U. Am 1. Mai fand in Frankfurt die Gründungsversammlung der Kreisgruppe Frankfurt und des vorbereitenden Landesausschusses Hessen der Deutschen Union statt. Die Deutsche Union wendet sich gegen eine einseitig westliche Orientierung Deutschlands.

Süddt. Ztg. vom 3. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 6

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 2. Mai 1949

Die amerikanisch-sowjetischen Besprechungen sollen zu Viermächtediskussionen erweitert werden. Jessup soll Malik mitgeteilt haben, daß die westlichen Großmächte übereingekommen seien, die Besprechungen in Viermächteverhandlungen umzuwandeln. Ein Sprecher des britischen Außenministeriums erklärte, daß Dr. Jessup mit völligem Einverständnis Großbritanniens gehandelt habe.

Das französische Außenministerium gab bekannt, daß man erwarte, daß das Datum für eine Außenministerkonferenz noch Ende dieser Woche festgesetzt werde.

Die Äußerungen von Dr. Hundhammer und Dr. Baumgartner, Bayern nicht in den Bundesstaat einzubeziehen, werden stark kritisiert. Dr. MORLACHER sagte, daß kein Mitglied der Regierung oder der CSU das Recht habe, ohne vorherige Rücksprache mit den zuständigen Parteigremien solche Probleme zu erörtern.

Dr. DEHLER erklärte, er empfinde die Bestrebungen der beiden Politiker und ihrer Hintermänner als "Verrat an Deutschland". "Wenn sie einen Kampf wollen, sollen sie ihn haben", sagte Dehler wörtlich. Es sei überdies ein kindlicher Wahn, mit dem Gedanken einer bayerischen monarchistischen Restauration zu spielen. Bedrohlich jedoch werde dieses Spiel, wenn es sich mit dem bayerischen Separatismus verbündet. Während das Haus Wittelsbach liberal gewesen sei, hätte Bayern nunmehr diese Liberalität verloren und werde von Kräften dunkelster Observanz beherrscht.

Paul LOEWE sagte, das Verhalten erscheine ihm so unmöglich, daß man nicht ernsthaft darüber sprechen könne. Er sei davon überzeugt, daß bei einer Abstimmung die Mehrheit des bayerischen Volkes für die Angliederung an den Bundesstaat eintreten würde.

Ein Transport mit 260 Heimkehrern trifft morgen in Stuttgart ein. In den vergangenen Wochen sind 8 Transporte in der amerikanischen Zone eingetroffen. Die Heimkehrer kamen aus russischer und polnischer Gefangenschaft.

In Württemberg-Baden haben die Wahlen der Betriebsräte begonnen.

Sender Stuttgart vom 3. Mai 1949

Die Westmächte sollen der SU vorgeschlagen haben, die Blockade am 10. Mai aufzuheben und bis zum 23. Mai eine Außenministerkonferenz einzuberufen. Eine entsprechende Note soll Malik überreicht worden sein. Eine sowjetische Antwort darauf wird heute erwartet.

Die Mil.Couverneure haben gestern dem Parlamentarischen Rat ein Memorandum vorgelegt, in dem die Vollmachten der Bundespolizei geregelt werden. Die Bundesregierung wird ermächtigt, unverzüglich eine Bundespolizei aufzustellen. Wie aus dem Memorandum hervorgeht, soll die Polizei u.a. für die Zoll- und Grenzkontrolle, für die Rauschgiftkontrolle usw. verantwortlich sein.

Landesbischof LILJE sprach gestern in Hamburg über die Bedeutung des Grundgesetzes für Westdeutschland. Er bezeichnete die Schulfrage als einen Prüfstein für die Demokratie. Er hob hervor, es gehe bei der Auseinandersetzung von Staat und Kirche um das Wohl des Kindes. Das Kind habe im Mittelpunkt der Diskussion zu stehen.

Die Äußerungen der bayerischen Politiker betreffend die Frage des Beitritts Bayerns zum westdeutschen Bund werden in Westdeutschland stark beachtet. KAISER sagte, er glaube, daß sich die bayerische Bevölkerung ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Volk bewußt sei. Daran könnten auch die Äußerungen nichts ändern. Sollten die Worte Dr. Hundhammers wirklich in der Schärfe gefallen sein, so müsse man eine solche Haltung auf tiefste bedauern. Zur Rede Dr. Baumgartners bemerkte Kronprinz Rupprecht: Wenn das bayerische Volk eine Monarchie wünsche, so werde er diesen Wunsch respektieren.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 7

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 3. Mai 1949

Der Zweizonenwirtschaftsrat trat heute zu einer Plenarsitzung zusammen. Dr. KOEHLER gab bekannt, daß sich der Wirtschaftsrat mit dem Soforthilfegesetz zum Lastenausgleich erst in seiner nächsten Plenarsitzung beschäftigen könne. Besprechungen mit Sachverständigen des Zwei-Mächte-Kontrollamtes hätten ergeben, daß die verlangten Änderungen nicht nur formaler Art seien, sondern sachlich tief in Inhalt und Aufbau des bisherigen Gesetzes eingriffen. Unter diesen Umständen sei es nicht möglich gewesen, innerhalb so kurzer Zeit eine Reihe von Paragraphen neu zu formulieren. Vielmehr habe es sich als notwendig erwiesen, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung für Finanzen nach umfangreichen Besprechungen, die einige Zeit in Anspruch nehmen würden, einen neuen Gesetzestext fertigzustellen und mit den alliierten Stellen abzustimmen. Der neue Entwurf für den Lastenausgleich soll Ende Mai beraten werden.

In New York werden heute Abend die ersten Viermächtebesprechungen erwartet. Die Zusammenkunft ist von Dr. Jessup angeregt worden. Bis jetzt ist jedoch noch keine Zusage von Malik eingetroffen.

Wie der "Abend" von gut unterrichteter sowjetischer Seite erfährt, rechne die SMA erst zum 1. Juni mit der Außenministerkonferenz. Die sowjetischen Delegierten müßten erst noch in der großen Ministerrats-tagung am 22. Mai in Moskau Bericht erstatten und Informationen einholen.

Kardinal FRINGS hat heute Dr. Adenauer erneut darauf hingewiesen, daß das Grundgesetz nicht den Wünschen eines Großteils der katholischen Bevölkerung entspreche. Die Forderungen der Kirche in der Frage des Elternrechts und des Religionsunterrichts in den Schulen seien wahrlich nicht zu hoch. Kardinal Frings ersuchte Dr. Adenauer, die Vorschläge der katholischen Kirche zu prüfen. Er hoffe, daß doch noch eine für beide Teile befriedigende Lösung gefunden werde.

Auszüge aus dem Kurzkomentar von Oswald Hirschfeld:

Wohl kaum ein anderes Thema dürfte augenblicklich so eifrig diskutiert werden wie das der Aufhebung der Berliner Blockade. Alle die Fragen, ob und wann die Sperrn fallen werden, dürften im Mittelpunkt der Unterhaltungen stehen. Die Optimisten sind mit Hoffnungen erfüllt, während die Realisten, und zu ihnen dürfte der überwiegende Teil der Berliner Bevölkerung gehören, sich der Erfahrungen erinnern werden, die sie bisher mit den Sowjets gemacht haben. Sie dürften sich erinnern, daß bereits am 1. April 1948 die SMV begann, die Verbindungslinien nach dem Westen stärker und stärker zu blockieren und daß dann ausgangs Juli die Blockade vollständig über Westberlin verhängt wurde. Sie werden weiter daran denken, daß die Sowjets bindend zugesagt hatten, die Blockade aufzuheben und daß Sokolowski im Einverständnis seiner Regierung es ablehnte, sich an die getroffenen Abmachungen zu halten. -

Die ersten Wochen waren hart. Man wird die erste entbehrungsreiche Zeit genauso wenig vergessen wie den vergangenen Winter. - Und heute? Auch heute wird man zuversichtlich auf die Luftbrücke vertrauen und mit Zurückhaltung die Verhandlungen abwarten. Eine der Forderungen, die die westlichen Alliierten zu stellen haben werden, wird Freiheit für Berlin und Freiheit für die Ostzone sein. Das erhoffen nicht nur die Berliner, sondern auch die Menschen der ZBZ. Sie wissen, daß Stärke und Ausdauer nottun, wenn ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen sollen.

Sender Stuttgart vom 4. Mai 1949

Radio Moskau hat die Westmächte aufgefordert, sie sollten das Repatriierungsabkommen einhalten. Die Westmächte werden beschuldigt, noch 400 000 sowjetische Staatsbürger festzuhalten, die verhindert werden, in die SU zurückzukehren.

Der Wirtschaftsrat hat heute Spinnstoffe und Schuhe aus der Bewirtschaftung herausgenommen.

RESTRICTED

RESTRICTED

STAT

No. 14

Presseberichte aus den Westzonen

Schwaben-Partei. Eine "Partei der Schwaben" will der 43 Jahre alte Bauernführer Adolf MUEHLEISEN aus Holzweilerhof im Stadtkreis Stuttgart gründen. Bei der Mil.Reg. hat er bereits einen Lizenzierungstrag gestellt. Mühleisen hat sich von 1945 - 48 dem selbstbildnerischen Studium der Politik gewidmet und außer der NSDAP keiner Partei angehört. - Die "Partei der Schwaben" will die Satzungen der DVP übernehmen und fördert ein Gesetz zur Ausschaltung des Bürokratismus.

Die Welt vom 12. Mai 1949

Weltbürgerkomitee Deutschland. In Bonn fand zur gleichen Zeit, als die Stadt zur Bundeshauptstadt gewählt wurde, der Zusammenschluß des Weltbürgertums Deutschlands mit der Weltstaatlige zum "Weltbürgerkomitee Deutschland" statt. Auf der ersten Arbeitstagung des Komitees, dessen ständiger Sitz Hamburg sein soll, wurde auf Vorschlag des NRW-Innenministers Dr. Walter Menzel beschlossen, anlässlich der deutschen Bundeswahl eine Vorwahl für eine föderative Weltregierung durchzuführen.

SAZ vom 13. Mai 1949

VVN. Auf einer Sitzung des Landesvorstandes der bayerischen VVN werden die nichtkommunistischen Mitglieder des Landesvorstandes ihren Austritt aus der VVN erklären. Damit wird die VVN zu einer "rein kommunistischen Organisation". FACKLER, Münchner CSU-Stadtrat, kündigte die Zusammenfassung der einzelnen innerhalb der politischen Parteien gegründeten oder im Aufbau befindlichen Gruppen der politisch Verfolgten, des bayerischen Hilfswerks, der "Interessengemeinschaft 45" und der israelitischen Kultusgemeinden in einer neuen "Vereinigung". In der Spitze soll ein Landesrat stehen.

Süddt. Ztg. vom 12. Mai 1949

Grundgesetz. Reichskanzler Dr. LUDWIG ERHARD erklärte zur Bonner Verfassung, daß sie vor allem viel zu lang sei. Eine Verfassung müsse möglichst vielen Bürgern bekannt sein, was von der Bonner Verfassung nicht zu erwarten sei. Es sei eine seltsame geistige Verbiegung, daß man das Wahlrecht für nebensächlich oder als technische Angelegenheit ansehe. Das Wahlrecht sei der Kernpunkt jeder Verfassung.

Allgem. Ztg. vom 13. Mai 1949

Überleitungsausschuß. Dieser Tage erklärte Dr. SCHUMACHER, der Parl. Rat könne keine Instanz schaffen, die eine Repräsentation der westdeutschen Bevölkerung in außenpolitischer und völkerrechtlicher Hinsicht für die Pariser Außenministerkonferenz darstelle. Hierzu fehle ihm die demokratische Legitimation. Jede politische Aktivität des von Bonner Rat gebildeten Überleitungsausschusses lehnte Schumacher ab. Auch die Min.Präsidenten der drei Westzonen sind nach Ansicht Schumachers keine geeignete Repräsentation. Dagegen könne ein von den Parteien geschaffenes Gremium eine Repräsentation für Paris verkörpern, sofern es den gestallierten gelinge, den Boden für ein demokratisches Gesamtdeutschland vorzubereiten. Aus Wiesbaden wird verlautet, daß auch die Ministerpräsidenten eindeutig gegen den Bonner Überleitungsausschuß zu Felde ziehen wollen.

Süddt. Ztg. vom 12. Mai 1949

Wauheimer Kreis. In einem Antworttelegramm an den Deutschen Volksrat auf die Einladung zu gesamtdeutschen Besprechungen forcierte der Vorsitzende des "Wauheimer Kreises", Prof. NOACK, der Volksrat müsse die unbewaffnete Neutralität Deutschlands garantieren. Jede Landesregierung der Bundesrepublik dürfe nur zahlenmäßig kleine und gering bewaffnete Polizeikräfte zur Verfügung haben. Nur bei Erfüllung dieser Voraussetzungen sei eine Herstellung der Wirtschaftseinheit möglich, ohne neues Mißtrauen zu säen. - Der stellvertretende Vorsitzende der CSU, HAUSSELEITER, schlägt in seiner Antwort an den Volksrat vor, sofort allgemeine freie und geheime Wahlen unter Kontrolle der Vereinten Nationen in Gesamtdeutschland abzuhalten.

Allgem. Ztg. vom 13. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 15

Presseberichte aus den Westzonen

Bayerischer Landtag über Bonn. Min.Präs. Dr. EHARD erklärte, die Staatsregierung verurteile jede Art von verfassungswidrigen Bestrebungen, nach welcher Richtung auch immer. Durch monarchistische Gefühlsregungen seien bedauerliche Fiktionen entstanden. Solange er Ministerpräsident sei, werde er seine Hand nicht dazu geben, daß außerhalb der Verfassung gearbeitet werde oder Bayern außerhalb der deutschen Schicksalsgemeinschaft bleibe.

Dr. HUNDHAMMER erklärte, ein Befehl der Alliierten zwingt zur Annahme der Verfassung bei Zweidrittelmehrheit der Länder. Es sei Sache des bayerischen Volkes sich zu äußern, ob es diesen Befehl von sich aus vollziehen oder sich ihm nur fügen wolle. Es sei seltsam, daß niemand Sturm gelaufen sei, als man in Hannover gegen die Verfassung protestiert habe. Er sei kein Separatist.

Dr. DEHLER erklärte, der große Irrtum der bayerischen Verfassung, auf dem die jetzige offizielle Haltung beruhe, sei der gewesen, daß Deutschland nicht mehr existiere. In entscheidender Stunde müsse man ja zu Bonn sagen.

Dr. BAUMGARTNER sagte, kein Mensch wolle eine Lostrennung von Deutschland. "Es geht nur um die Methode, wie wir unser unglückseliges deutsches Vaterland wieder aufrichten wollen". Die Grundrechte der bayer. Verfassung seien in Bonn verletzt worden, daher habe er einen Volksentscheid vorgeschlagen, da der Landtag nicht zuständig sei.

LORITZ erklärte, seine Fraktion sage nein zu Bonn, weil die Verfassung keinerlei Rechte des Volkes vorsehe. Das bedeute aber keinesfalls ein nein zu Deutschland.

Die Abstimmung über das Bonner Grundgesetz im bayerischen Landtag ist für den kommenden Donnerstag angesetzt.

Allgem. Ztg. vom 14. Mai 1949

Übergangs-Regierung. Nach Äußerungen des Ministerpräsidenten AKHARD kamen die Min.Präs. der Westzonen bei ihrer Beratung dahin überein, keinen Überleitungsausschuß aus Mitgliedern des Parlamentarischen Rates zu bilden. Als Übergangsregierung bis zum Zusammentritt der Bundesorgane wird vielmehr die Ministerpräsidenten-Konferenz fungieren, die bei Bedarf sachkundige Persönlichkeiten aus Kreisen des Parlamentarischen Rates heranziehen und ihre Arbeiten auch mit dem Frankfurter Wirtschafts- und Länderrat sinnvoll koordinieren wird.

SAZ vom 14. Mai 1949

Südweststaat. Ein zweites Aktionskomitee für den Südweststaat ist in Tübingen gegründet worden, nachdem ein gleiches vor einigen Wochen bereits in Freiburg einen Antrag auf Lizenzierung durch die All. Reg. eingereicht hatte. Zum Vorsitzenden wurde der frühere Reichstagsabgeordnete FARNY gewählt. Weiter gehören dem Komitee alle Fraktionsführer des Südwürttembergischen Landtags, mit Ausnahme der Kommunisten, der Bundespräsident der südwürttembergischen Gewerkschaften FLECK, Landtagspräsident GENSCHER, ein Vertreter der Universität und einer der bauerlichen Bevölkerung an.

Allgem. Ztg. vom 13. Mai 1949

CDU Hessens zur Wahl Bonns. Der Landesvorstand der CDU Hessens befaßte sich dieser Tage mit der Wahl Bonns zum provisorischen Sitz der Bundesorgane. In einer Erklärung heißt es, daß diese Entscheidung als eine politische, finanzielle und organisatorische Fehlentscheidung angesehen werde, die keine letzte und endgültige sein könne.

Die bayerische Staatskanzlei gab eine Erklärung ab, wonach es noch fraglich sei, ob es bei der Entscheidung, Bonn zur vorläufigen Bundeshauptstadt zu machen, bleiben werde. Es gehöre nicht zu den Aufgaben des Parl. Rates, den Bundessitz zu bestimmen. Die Entscheidung habe in Bayern Überrascht. Dies sei ein "persönlicher Erfolg" von Dr. Adenauer.

Allgem. Ztg. vom 16. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 16

Presseberichte aus den Westzonen

Forschungsrat. Auf der ersten Tagung des "Deutschen Forschungsrates" erklärte Prof. Dr. HEISENBERG, eine grundsätzliche Aufgabe sei es, die deutschen Regierungsstellen in allen Fällen zu beraten, in denen Maßnahmen der Gesetzgebung und der Verwaltung auf wissenschaftlicher Erkenntnis aufgebaut werden sollen. Als weitere Aufgabe fixierte er die Förderung und Koordinierung wissenschaftlicher Forschungsarbeiten in Deutschland, die Mitwirkung bei der Bereitstellung und Verteilung öffentlicher Mittel für Forschungszwecke und ferner die Vertretung der wissenschaftlichen Forschung gegenüber deutschen Behörden, dem Ausland und den internationalen Parallel-Institutionen.
Die Neue Ztg. vom 17. Mai 1949

Ost-Westhandel. Das hessische Wirtschaftsmin. gab bekannt, daß Warenlieferungen nach der Ostzone nur dann an der Zonengrenze durchgelassen würden, wenn die Lieferverträge bereits vor derährungsreform geschlossen und die Waren bezahlt worden seien. Zur Zeit werde über ein neues Verrechnungsabkommen verhandelt. Die vorläufigen Pläne sähen Sonderkonten bei der Bank Deutscher Länder und der Deutschen Notenbank in Berlin vor, über die die Bezahlung aller Warenlieferungen erfolgen solle. Es bestünden jedoch noch Unklarheiten über den Wechselkurs zwischen Ost- und Westmark.
Allgem. Ztg. vom 14. Mai 1949

Kundgebung der KPD in Neustadt. Dieser Tage wurde eine öffentliche Versammlung der KPD in Neustadt abgehalten, auf der Willy FELLER sprach. Er plädierte für die vom Volksrat vorgeschlagene gesamtdeutsche Konferenz und für ein gesamtdeutsches Memorandum. Das Ketzesbuckeln vor den Generalen, wie es die Bonner Spalter jetzt wieder durch die Annahme der westdeutschen Verfassung zeigten, die Westdeutschland in einen reaktionären Polizeistaat verwandeln wolle, müsse aufhören. Er fuhr fort: Jeder anständige Deutsche spuckt auf diese Verräter-Verfassung, die mit keinem Wort das Recht auf Arbeit garantiert und am Vorabend der Pariser Außenminister-Konferenz die Spaltung Deutschlands zur vollendeten Tatsache machen wolle. Feller kam dann auf die Luftbrücke zu sprechen, die nie etwas anderes gewesen sei, als ein Youngsfeld für die anglo-amerikanischen Piloten und ein Liesengeschäft für die beteiligten Luftfahrt-Gesellschaften. Sie habe ihre Daseinsberechtigung verloren; trotzdem hätte die Landtagsmehrheit von Rheinland-Pfalz das "Notopfer Berlin" um ein Jahr verlängert, das zu 60 % aus Lohn- und Gehaltsabzügen bestehe und eine ausgesprochene Negersteuer darstelle. - Es sprach dann Otto NIEBERCALL. Er wandte sich vor allem gegen die Antikommunistenhetze, die weiter nichts sei, als eine wohlorganisierte Ablenkung des deutschen Volkes von der Erkenntnis seiner wahren Lage. So sei es auch mit der Ausfuhr der wertvollen Rohstoffe. Während man das deutsche Volk durch die Antikommunistenhetze ablenke, plündere man ihm seine wertvollsten Güter weg und drosselte systematisch die Ausfuhr seiner Fertigfabrikate.
Neues Leben vom 17. Mai 1949

KPD gegen Weststaat. Der Landesvorsitzende der KPD in Bayern, SCHIRMER, bezeichnete auf einer Kundgebung die Bildung eines westdeutschen Staates als "Spaltung und Verrat". Nicht das deutsche Volk, sondern nur die Westmächte wünschten diesen Separatstaat, der doch nur "eine Figur auf dem Schachbrett der Dollarkönige und eine Zubringerkolonie für den Atlantikpakt" darstellen werde. Auch die Westmächte seien sich im klaren, daß der Atlantikpakt den Krieg gegen den Osten, die Demokratie und gegen die freiheitliche Welt vorbereite. Die SU müsse als ein Nachbar Deutschlands betrachtet werden, während die Amerikaner "weit über dem Ozean wohnen". Hugo EHRLICH wandte sich gegen die "Erfüllungspolitiker" der SPD und erklärte, man lasse einen Alfred Loritz auf dem Königsplatz wie früher den Weiß Berdl im Platzl zur Ablenkung der Bevölkerung auftreten.
Städt. Ztg. vom 17. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 17

Presseberichte aus den Westzonen

Gegen Monarchie. Dr. HORLACHER sprach sich in einer CSU-Versammlung für einen deutschen Bundesstaat und gegen eine Monarchie in Bayern aus. Er sagte, daß auch ein König als Retter in der Not keine Häuser bauen könne, wenn ihm das Geld fehle. Es sei Demagogie schlimmster Sorte, wenn man behaupte, daß ein selbständiges Bayern lebensfähig sei. Er forderte die Flüchtlinge und Jugendlichen auf, gemeinsam mit den wenigen anständigen Politikern dafür zu sorgen, daß wieder Respekt, Disziplin und Ordnung herrschen, die man im bayerischen Landtag zurzeit vermisste. - Wenn auch die CSU das Grundgesetz verneine, so heiße das nicht, daß sie einen einheitlichen deutschen Bundesstaat ablehne. Eine Isolierung Bayerns sei Verrat an der deutschen Sache. Es wäre unerhört, sich aus egoistischen Gründen von Berlin und der Ostzone abtrennen zu wollen.

Die Welt vom 17. Mai 1949

Mailänder Messe. Auf dieser Messe wurden von deutschen Ausstellern Waren im Werte von 3 747 000 Dollar verkauft. Über einen Auftrag von 1,3 Mill. Dollar, der eine Lieferung von Druckereimaschinen betrifft, wird zur Zeit noch mit den Devisenstellen verhandelt. Elektrogeräte, Porzellane und Photoapparate fanden besonderen Zuspruch.

Allgem. Ztg. vom 17. Mai 1949

Kredithilfe für Handwerk. Die Kredit- und Arbeitsbeschaffung im Handwerk wird, wie Staatssekretär GIEGER vor dem "Bayerischen Handwerks-tag" ausführte, gegenwärtig von der Kapitalnot bestimmt. Da die Kreditanstalt für Wiederaufbau langfristiges Kapital für die Energiewirtschaft und den Kohlenbergbau freigegeben habe und auch die Investitionen im Wohnungsbau und in der Landwirtschaft anließen, sei eine gewisse Entspannung der handwerklichen Arbeits- und Kreditversorgung zu erwarten. Das Handwerk müsse aber direkt an Krediten der Wiederaufbaubank beteiligt werden, weshalb auf Anregung des bayerischen Handwerks beim Wirtschaftsrat die Errichtung einer Zentralkasse für Handel, Handwerk und Gewerbe beantragt wurde. Sie soll als Spezialinstitut Kredite der Wiederaufbaubank über Volksbanken, Sparkassen u.ä. den Klein- und Mittelbetrieben vermitteln. Durch Kredite soll insbesondere die Rationalisierung im Handwerk eingeleitet werden. Künftig müsse sich das Handwerk im In- wie im Ausland neue Absatzmärkte erschließen, was eine gemeinsame handwerkliche Exportorganisation, besonders für kaufmännische Abwicklung, Werbung und Finanzierung erfordere.

Süddt. Ztg. vom 17. Mai 1949

Bonn. Der Bischof von Münster, Dr. KELLER, erklärte auf einer Kundgebung, der christliche Volksteil habe in Bonn eine schwere Niederlage erlitten. Besonders die Nichtanerkennung des Elternrechts und seine Auswirkung auf die Schulerziehung gibt nach Ansicht des Bischofs zu schwersten Bedenken Anlaß. Der Bischof forderte zur unbedingten Teilnahme an den künftigen Wahlen auf und sagte, man müsse nur darauf achten, daß man nicht falsch wähle.

Die Welt vom 17. Mai 1949

Carlo SCHMID erklärte bei seiner Ankunft in Paris gegenüber einem frz. Pressevertreter, daß es heute nur gerecht wäre, Berlin seine alte Stellung wiederzugeben, und zwar in Anerkennung der mutigen und entschlossenen demokratischen Haltung dieser Stadt, deren Einwohner tatsächlich die demokratische Idee nicht nur in Deutschland, sondern vielleicht für den ganzen Westen gerettet hätten. In der europäischen Einheit liege die einzige Chance des Heils. Er selbst sei Anhänger eines europäischen Bundesstaates mit einer einzigen Regierung und einem einzigen Parlament. Die Wahl Straßburgs als Hauptstadt Europas sei besonders glücklich. - Das die deutsche Jugend anbetreffe, so wisse er heute, daß sie sich den europäischen Gedanken zu eigen gemacht habe und ihn mit Leidenschaft vertrete. Diese Jugend sei im Gegensatz zu den allzu oft gehörten Urteilen weder nihilistisch noch illusionistisch. Sie sehe in der europäischen Idee ein neues Ideal, das alle Ideologien einer vergangenen Zeit ins Nichts versinken lasse.

Allgem. Ztg. vom 18. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 18

Presseberichte aus Westdeutschland

Deutsche Union. Die Deutsche Union hat in den letzten Wochen das Schwergewicht ihrer politischen Arbeit in die Fachausschüsse verlegt, um unnötige und vorzeitige Konflikte mit den Parteien zu vermeiden. Die Leitung des neugebildeten Wahlrechtsausschusses wird der frühere Reichskanzler Dr. Hans LUTHER, ein Verfechter des Mehrheitswahlrechtes, übernehmen, den Vorsitz im Verfassungsausschuß der Münchner Universitätsprofessor Dr. Erich KAUFMANN.

Wirtschafts-Ztg. vom 21. Mai 1949

Grundgesetz. In der Sitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz nahm Min. Präs. ALTMEIER Stellung zur Begründung der Regierungsvorlage. Er erklärte, in der Politik komme es weniger auf Buchstaben, als auf den Menschen an. Wenn alle ihre Kraft für die Verwirklichung der in diesem Grundgesetz niedergelegten Staatsgedanken einsetzen, dann dürfte sein Inhalt eine ausreichende Stütze für eine günstige Entwicklung des deutschen Bundesstaates darstellen. - Wenn nicht alles trüge, so stehe die Welt am Beginn eines neuen Abschnittes der Politik, der vielleicht zu einer Überwindung des Ost-West-Gegensatzes führe. "Niemand wäre an einem solchen Ergebnis mehr interessiert als das deutsche Volk". Der neue Bundesstaat werde in die Beschränkung seiner Hoheitsrechte zu Gunsten einer friedlichen und dauerhaften Ordnung in Europa einwilligen und es bestehe Hoffnung, im Rahmen der kommenden Europa-Union zu einer Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit zu kommen. Das Grundgesetz bringe zwar noch nicht den Friedenszustand, aber es schaffe eine verhandlungsfähige Regierung, mit der hoffentlich recht bald ein Friedensvertrag abgeschlossen werde.

Allgem. Ztg. vom 19. Mai 1949

Finanzpolitischer Beirat. Der finanzpolitische Beirat der Verwaltung für Finanzen hat unter Lösung von der unmittelbaren Einflußnahme der VFF seine endgültige Form erhalten. Vorsitzender ist Prof. Dr. Fritz TERHALLE. Den sechs Unterausschüssen des Beirats gehören die namhaftesten Vertreter der deutschen Finanzwissenschaft an. Zunächst wird sich der Beirat der Frage einer organischen Steuerreform - die der Direktor der VFF, Alfred Hartmann, in Stuttgart ankündigte - und der endgültigen Lastenausgleichs-Gesetzgebung zuwenden.

Städt. Ztg. vom 19. Mai 1949

Schleswig-Holstein. Die Landesregierung Schleswig-Holstein hat dieser Tage dem Verwaltungsrat in Frankfurt die Notlage des Landes dargelegt und erklärt, daß nicht nur ein beträchtlicher Teil der Flüchtlinge in andere Länder umgesiedelt werden müsse, sondern auch eine gewisse Industrialisierung des Landes notwendig sei, um den Flüchtlingen eine dauernde Existenz zu bieten. Das Land benötige die finanzielle Unterstützung der Doppelzone als der zur Zeit größten staatlichen Vertretung in Westdeutschland.

Allgem. Ztg. vom 20. Mai 1949

Münchener Debatte zum Grundgesetz. Dr. EHARD fasste noch einmal die Gründe für die ablehnende Haltung der Regierung zusammen. Dr. FREYER erklärte, die bayerische Regierung sei seit der von Bayern einberufene Ministerpräsidentenkonferenz im Jahre 1947 um einen Wiederzusammenschluß Deutschlands bemüht gewesen. v. KNOERINGEN verlas im Namen seiner Fraktion eine Erklärung gegen den Kommentator des bayerischen Rundfunks, der erklärt habe, ein "Ja" zu Bonn und London bedeute nach der letzten Entwicklung ein "Ja" zu Moskau und Warschau. Bonn sei nicht Moskau. Die bayerische SPD sage "Ja" zu Bonn. Das Grundgesetz ablehnen und Deutschland trotzdem zu bejahen, sei im Augenblick unmöglich. Dr. BAUMGARTNER wandte sich gegen den Artikel 15 des Grundgesetzes, der ein Freibrief für sozialistische Bestrebungen in der ganzen Wirtschaft sei. Eine ganze Reihe von Artikeln stelle einen offenen Bruch der bay. Verfassung dar. SCHERBECK von der CSU erklärte, wer für einen Staatenbund eintrete, verlaesse den Boden der bay. Verfassung. Die CSU müsse Bonn u.ä. deshalb ablehnen, weil Deutschland mit dem Grundgesetz in zwei Hälften geteilt werde.

Allgem. Ztg. vom 20. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 19

Presseberichte aus Westdeutschland

Nationale Union. Otto STRASSER forderte in seinem Rundbrief XIII, den er aus Kanada an seine Anhänger im "Bund für Deutschlands-erneuerung" versandte, zur Schaffung einer organisierten Oppositionsbewegung, der "Nationalen Union" auf. Sie soll verhindern, daß von den deutschen Parteien oder Parteigruppen in Westdeutschland eine aktive deutsche Politik getrieben wird. Dieser Rundbrief deckt sich weitgehend mit den Aufforderungen des SED-Vorsitzenden Walter Ulbricht, der nach dem Mißerfolg der Volkskongreßwahlen die Schaffung einer "Nationalen Front" proklamierte. -- Wie der "Nauheimer Kreis" unter Prof. NOACK mit seiner Neutralitätstheorie und der SED-Volkskongreß sollen auch die Strasser-Anhänger verhindern, daß ein deutsches oder westdeutsches Parlament politische Vereinbarungen trifft. Die Strasser-Anhänger werden aufgefordert, aus taktischen Gründen den Kern einer solchen nationalen Union zu bilden, damit eine breite nationale Front geschaffen werden könne. Es wird die Auffassung vertreten, daß eine solche Front in Westdeutschland bereits vorhanden sei. Ihr Vorhandensein wird in der Tatsache erblickt, daß aus der Ostzone nach Westdeutschland übergesiedelte SED-Funktionäre eine führende Rolle in der Strasser-Bewegung spielen.

Deutsche Union. Die "Deutsche Union" unterstreicht ihre Stellung, indem sie am 22. Mai in Ulm über die Mitglieder beraten will, die an der Braunschweiger Tagung "Deutscher Jugendverbände aller Zonen" teilgenommen haben. Der Vorstand beschloß, daß die Mitglieder entweder von ihren Ostzonen-Gesprächspartnern eine eindeutige Stellungnahme gegen Terror, die Oder-Weise-Linie und für die Auflösung der KZ's verlangen sollten oder sie werden aus der Partei ausgeschlossen. Ein Vorstandsbeschuß der DU verbietet in einem Rundschreiben jedem Mitglied Verhandlungen mit offiziellen Vertretern der Ostzonenorganisationen.

DGB. Der Bundesrat des Deutschen Gewerkschaftsbundes der britischen Zone hat erneut beschlossen, auf den überparteilichen Charakter der westdeutschen Gewerkschaften hinzuweisen. Diese Erklärung erfolgte im Zusammenhang mit der neuen Telegrammaktion des FDGB der Ostzone an die Betriebsräte der Westzonen, sich für die deutsche Einheit auszusprechen. Auch in Zukunft sei eine Verständigung mit dem FDGB nur möglich, sofern der demokratische Aufbau und die Unabhängigkeit der Organisation in der Ostzone gesichert sei.

Die neue Zeitung vom 21. Mai 1949

Nauheimer Kreis. Prof. NOACK erklärte, eine Neutralisierung Deutschlands, wie sie von dem Nauheimer Kreise angestrebt werde, würde die beste Gewähr für einen europäischen Frieden bedeuten. Gerade den Sicherheitsbedürfnissen Frankreichs könnte auf diese Weise am besten Rechnung getragen werden. Der gleichzeitig von dem Nauheimer Kreis geforderte Abzug aller Besatzungsmächte würde das Reparationsproblem auch für Deutschland annehmbare Lösung zuführen. Gerade in Deutschland als der Bruch- und Wundstelle Europas müßte mit der Entmilitarisierung begonnen werden. Deutschland befinde sich in derselben Lage wie Schweden und die Schweiz vor einigen hundert Jahren, als diese ihre damalige imperiale Politik aufgegeben hätten.

Allgem. Ztr. vom 21. Mai 1949

Grundgesetz. Mit 101 gegen 54 Stimmen lehnte der Bayerische Landtag das Grundgesetz ab. Es wurde ein Antrag angenommen, in dem die Staatsregierung ersucht wird, bei der Adm. Reg. die Genehmigung für eine Volksbefragung über die Annahme des Grundgesetzes und seine Rechtsverbindlichkeit zu erwirken. Der Antrag auf Zulassung einer Volksbefragung ist inzwischen abgelehnt worden. In der vorausgegangenen Debatte hatte LORITZ erklärt, das Volk habe nach dem Bonner Grundgesetz noch weniger Rechte als nach der Weimarer Verfassung. Dr. HOEGNER sagte, der deutsche Föderalismus reiner Präzision sei einer weltpolitischen Entwicklung geopfert worden. Bayern sei manchmal Irrwege gegangen, aber es habe in der Entscheidung jederzeit sein Blutopfer gebracht. Er werde wegen der Zwangslage, in der sich Deutschland befinde, seine Bedenken zurückstellen und mit seinen alten politischen Freunden stimmen.

Allgem. Ztr. vom 21. Mai 1949

RESTRICTED

No. 20

Presseberichte aus den Westzonen

Deutsche Union. Auf einer am Wochenende einberufenen Tagung der Deutschen Union wurden gesamtdeutsche Wahlen unter der Garantie der UN sowie die Zulassung aller demokratischen Parteien in allen Teilen Deutschlands gefordert. Wie in einer Entscheidung festgestellt wurde, hätten weder der Bonner Sonntag noch der Volksrat der Ostzone die Hoffnungen des deutschen Volkes erfüllt. Das Volk wolle nichts von einem Weststaat und noch weniger von einer östlichen "Volksdemokratie" wissen. Das Ziel aller deutschen Politik könne deshalb nur ein einziges und freies gesamtdeutsches Land in einem gesamteuropäischen Bund sein. "Dem vereinten Deutschland muß seine Verfassung durch eine nationale Versammlung vorgelegt werden, deren Mitglieder in freier und geheimer Wahl zu wählen sind".

Eine weitere Entschliebung befaßt sich mit der ablehnenden Haltung von Repräsentanten des Volksrates gegenüber der Durchführung freier und geheimer Wahlen in Gesamtdeutschland. Die SED hat Farbe bekundet, erklären Vorstand und Hauptausschuß der Deutschen Union hierzu. Die Vertreter der SED hätten dadurch im entscheidenden Augenblick die Schuld für das Scheitern jeder deutschen Initiative zur Errichtung einer gesamtdeutschen Demokratie auf sich geladen. "Wer freie und geheime Wahlen unter der notwendigen Sicherung auslehne, mache die wirkliche Repräsentation Gesamtdeutschlands unmöglich. Die erforderliche Garantie für eine freie und demokratische Entwicklung sieht die Deutsche Union in der Beseitigung der politischen Geheimpolizei, der Auflösung der Konzentrationslager sowie der Entlassung der politischen Häftlinge. Wer diese Forderung nicht anerkenne, sei Funktionär einer Diktatur und kein Verhandlungspartner."

In einer dritten Resolution wird festgestellt, daß die Zeit der souveränen Nationalstaaten vorbei sei. Ein künftiges Deutschland müsse das Glied eines europäischen Staatenbundes werden, in dem niemand bevorzugt werden dürfe. "Wir sind zu jeder Übertragung von nationalen Souveränitäten auf höhere Ebenen bereit", heißt es in der Resolution. "soweit diese freiwillig und durch Einigung mit den anderen Mitgliedern erfolgen kann. Wir werden dafür eintreten, daß die osteuropäischen Staaten in die europäische Föderation aufgenommen werden, sobald die Menschenrechte in ihnen verwirklicht und freiheitliche Willenspolitik bei ihnen möglich ist."

SAZ vom 23. Mai 1949

Landesrat für Freiheit und Recht. Unter dem Vorsitz des Generalanwalts für die Wiederaufrichtung in Bayern, Dr. AUERBACH, wurde in München der "Landesrat für Freiheit und Recht" (Föderation aktiver Bürger gegen Terror und Diktatur) geolliet, eine Dachorganisation der politischen Widerstandsgruppen in Bayern, deren Arbeit sich insbesondere gegen den politischen Terror der Gegenwart richten soll. Der neuen Gesellschaft gehören die Widerstandsgruppen der CSU, der Bayernpartei, der Sozialdemokratischen Partei, die Freiheitsaktion Bayern und die Interessengemeinschaft 1945 an. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Bayern soll zur Beteiligung aufgefordert werden, wenn sie sich mit den Zielen der Organisation einverstanden erklärt.

Allgem. Ztg. vom 23. Mai 1949

"Kanton Oberschwaben". Zu dem Plan oberschwäbischer Adelskreise, in einem zu bildenden Südweststaat einen eigenen "Kanton Oberschwaben" zu propagieren, der eindeutig katholisch sein und sich gegen die Agrarreform richten sollte, nahm Graf WAGNER Stellung. Es gebe um ihn keine politischen Kreise, er sei als einziger Adliger einem Kreis südbadischer, hohenzollerischer und schwäbisch-schwäbischer Politiker an, die sich mit der sinnvollen Gestaltung des Südwestraumes befaßt haben. Wer von dem genannten Kreis katholisch sei, habe nie zur Demokratie gestanden. Somit werde die Befürchtung von der Entstehung eines "Kantons Oberschwaben" gegenstandslos.

Süddt. Ztg. vom 21. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 21

Presseberichte aus den Westzonen

Bundesjugendring. Vom 18. bis 20. Mai tagten in Rothenburg o.d.T. zum erstmaligen Vertreter der verschiedenen Jugendverbände und der Landesjugendringe sowie Vertreter der Landesbehörden für Jugendpflege und Jugendfürsorge nebeneinander, um eine enge Zusammenarbeit zu erreichen. Die Verbände und Jugendringe der drei Westzonen faßten den Entschluß, einen Bundesjugendring zu bilden. Hierbei wurde insbesondere der Wille zur Gemeinschaft mit der in Rothenburg nicht vertretenen Jugend der SBZ und der Ostgebiete und darüber hinaus aller Völker betont. Das Bedürfnis und die dringende Notwendigkeit, auf überregionaler Grundlage mit den Jugendbehörden und freien Wohlfahrtsverbänden eng zusammenzuwirken, trat während der ganzen Tagung hervor. Dieses Ziel soll durch die Arbeitsgemeinschaft für Jugendpflege und Jugendfürsorge erreicht werden, deren Gründung am 20. Mai vorgenommen wurde.

Süddt. Ztg. vom 24. Mai 1949

SPD. Dr. SCHUMACHER erklärte dieser Tage vor Pressevertretern, die SPD betreibe die Politik des einen deutschen Vaterlandes gegenüber der Politik der elf westdeutschen Vaterländer. Es komme jetzt darauf an, wie weit das deutsche Volk in der Lage sei, eine wirkliche nationale Idee in einer internationalen Zusammenarbeit zur Geltung zu bringen. Die SPD habe während des Ablaufes der Verhandlungen in Bonn die Notwendigkeit erkannt, das in Bonn zustandegekommene Kompromiß auf Geduld und Verdrerb zu verteidigen, wobei die Auseinandersetzung mit der fortgesetzten Interventionspolitik der Westmächte nicht zu umgehen gewesen sei. - Selbst Institutionen wie die Kirchen hätten nicht immer den Versuchung widerstehen können, ihre Rechts- und Machtpositionen zu verstärken, und manchmal habe er den Eindruck gehabt, daß es dabei der Kirche nicht um die Fundierung Deutschlands gehe, sondern um die einer germanischen Kirchenprovinz. Die Sozialdemokratie wolle im übrigen keinen Kulturkampf, sondern sie wolle mit der Kirche in Frieden leben. Der nächste Schritt sei der Kampf um die deutsche Einheit, der nur auf der Grundlage der Freiheit möglich sei. Der Versuch, eine wirtschaftliche und nationale Dachorganisation über der westlichen Demokratie und dem östlichen Totalitarismus zu schaffen, müsse scheitern. Dieser Versuch würde zu machtpolitischen Konkurrenzkämpfen in der deutschen Regierungsspitze führen. Wer sich auf solche Versuche einlasse, erkenne außerdem die heutige politische und menschliche Lage in der SBZ an. Zu den Unterschieden im Stärkeverhältnis der Polizeikräfte in der SBZ und in den Westzonen sagte Dr. Schumacher, die Sozialdemokratie wünsche für den Fall einer Wärmung Deutschlands durch die Besatzungsmächte keine politische Aufrüstung des Westens, sie wolle aber auch nicht, daß eine Prager Situation vorbereitet werde. Im Grunde wünsche sie, daß niemand Hoer Gewehre verführe.

All-em. Ztg. vom 24. Mai 1949

Europa-Union. Mit großer Mehrheit hat sich der Kongreß der Europa-Union gegen den Gedanken einer Neutralisierung Deutschlands ausgesprochen. Die Europa-Union stellte in einer Entschließung hierzu fest, das Bekenntnis zu Europa lasse eine solche Neutralisierung nicht zu. Der einzige und wirkliche Schutz für ein geeintes Deutschland liege in seiner Einliederung in die Kooperation der europäischen Staaten. Auf wirtschafts- und währungspolitischen Gebiet fordert die Europa-Union den Abbau der Handelsbeschränkungen in Europa, Vorbereitung einer Zollunion, eine gemeinsame europäische Währung, einen europäischen Paß, Beseitigung aller Verkehrsbehinderungen und Zusammenarbeit der europäischen Häfen. Ferner spricht sich die Europa-Union für ein europäisches Energieverbundnetz, Anschluß der Demontage- und Institutionspolitik, ein europäisches Patentrecht und eine Angleichung des sozialen Arbeitsrechts in allen europäischen Ländern aus. Die agrarpolitischen Forderungen streben einen langfristigen europäischen Aufbauplan und den Ausbau des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens auf europäischer Grundlage an. In kultureller Beziehung wünscht die Europa-Union die Zusammenarbeit der europäischen Völker, Lehrpläne und Lehrmittel auf europäischer Grundlage und die Anerkennung eines europäischen Abiturs.

All-em. Ztg. vom 24. Mai 1949

RESTRICTED

STAT

No. 13

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 12. Mai 1949

Heute, 0,01 Uhr wurden die Zonen Grenzen wieder geöffnet. Die ersten Autokolonnen passierten die Grenze und setzten sich in Richtung Berlin in Bewegung. Die Stromversorgung setzte bereits vor 24 Uhr wieder ein. In den Schulen wird heute nicht unterrichtet. Die Stimme Amerikas übermittelte allen Deutschen, in erster Linie den Berlinern, die Grüße von 140 Mill. Amerikanern. In der Sendung wurde ein kurzer Überblick über den Transportdienst gegeben.

Das Stadtparlament trat heute morgen zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. REUTER sagte, es dürfe nicht wieder der Zustand hergestellt werden, der kurz vor den russischen Zwangsmaßnahmen bestand. Er hoffe, daß der Weg zum Wiederaufbau der Stadt nunmehr frei sei. Er dankte den Einwohnern von Westberlin für ihre feste Haltung, an der alle Unterdrückungsversuche gescheitert seien.

Am Nachmittag kam die Bevölkerung der Westsektoren zu einer machtvollen Kundgebung zusammen, auf der u.a. auch Dr. ADENAUER sprach. Er dankte der Berliner Bevölkerung für den Kampf um die Freiheit. Berlin sei die vorgeschobene Bastion nach dem Osten geworden.

Carlo SCHMID wies in seiner Rede darauf hin, daß der Westen aus Berlin seine moralischen Kalorien bezogen hätte. "Diese Zusammenkunft erweckt in uns die Hoffnung, daß die politische und wirtschaftliche Einheit Deutschlands eines Tages wieder hergestellt wird."

Frau Louise SCHROEDER hob hervor, daß die Blockade ohne Blutvergießen vonstatten gegangen sei.

Höpker-Aschoff ermahnte das Volk, seine ganze Kraft dafür einzusetzen, Berlin wohnlich zu gestalten, da es einmal der geistige und politische Mittelpunkt Deutschlands werden soll.

Auch der Ostarratrat hatte zu einer gewaltigen Kundgebung auf dem August-Rebel-Platz aufgerufen. JEWERYTZKY schlug vor, es solle der Pariser Außenministerkonferenz ein Memorandum übergeben werden, in dem die Anerkennung Berlins als Hauptstadt und Abzug sämtlicher Besatzungstruppen gefordert werde.

Nach einer Pressemeldung soll sich der stellvertretende Vorsitzende der SED, Walter ULBRICHT, für die Einrichtung der Konzentrationslager in der Ostzone ausgesprochen haben. KZ's seien geeignete Aufenthaltsorte für Kriegshetzer. Auch die Journalisten, die bei den Rundfunkstationen und Zeitungen in Westdeutschland arbeiten, rechne er zu den Kriegshetzern. Wenn wir sie kriegen, werden wir sie einsperren. Ihr Verbleib interessiert mich dann nicht mehr.

Sender Stuttgart vom 13. Mai 1949

Die Militärgouverneure haben gestern dem Grundgesetz mit einigen Vorbehalten zugestimmt. Die Bedenken richten sich vor allem gegen die Einbeziehung Berlins als 12. Land in den Bund und gegen die Bundespolizei. General Clay unterzeichnete als erster das Gesetz. Er sagte, es sei seine letzte Amtshandlung als Mil.Gouv. gewesen. Er hoffe, daß die Regierung spätestens bis 15. Juli gebildet worden sei. Dr. ADENAUER erklärte, die Ministerpräsidenten hätten versprochen, die Landtage in der nächsten Woche einzuberufen. Das Grundgesetz solle noch bis zum 23. Mai ratifiziert werden. Die westdeutsche Verfassung soll voraussichtlich am 23. Mai offiziell verkündet werden. Dann sollen Vorbereitungen zur Wahl getroffen werden, die wahrscheinlich sechs Wochen in Anspruch nehmen werden.

Die ersten Kohlenzüge sind bereits in Berlin eingetroffen. Von Hamburg sind Lastkähne mit Lebensmittel unterwegs.

Gegen Verbreitung sowjetisch lizenzierter Zeitungen wurden im brit. Sektor 11 Personen verhaftet. Die Einfuhr dieser Zeitungen in die brit. Zone wird erst dann aufgehoben werden, wenn die Sowjets ihre Verordnung zurückziehen, durch die Vertriebsgesellschaften geschaffen wurden, die das Monopol zur Verbreitung von solchen Druckerzeugnissen in der Ostzone und im Ostsektor Berlins haben.

Die Tgl. Rundschau beschuldigt heute die Westmächte, das Viermächteabkommen gebrochen zu haben. Die Sowjets hätten das Viermächteabkommen allein erfüllt. Die Westmächte hätten bis jetzt die Durchführung des Interzonenhandels noch nicht gestattet.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 14

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Stuttgart vom 14. Mai 1949 u. 15. Mai 1949

In Berlin wurden die Viermächtebesprechungen über den Ost-West-Handel fortgesetzt. Bis jetzt sind gute Fortschritte erzielt worden. Laut einer Bekanntmachung der Transport-Abt. der britischen Militärregierung wird festgestellt, daß nach Berichten von Lastwagenfahrern die sowjetischen Behörden die Benutzung der Autobahn zwischen 20 Uhr und 6 Uhr verboten haben. - Reisende aus den Westzonen nach der Ostzone müssen jetzt außer dem Interzonenpaß noch ein Schriftstück bei sich führen, aus dem der Zweck der Reise ersichtlich ist. 35 Eisenbahnzüge aus der britischen Zone sind bis jetzt in Berlin eingetroffen. Der erste Lastkahn hat heute den Kontrollpunkt Schnakenburg passiert. Ein weiterer Kahn wird heute noch in Schnakenburg erwartet. Grenzpolizisten erklärten, die Lage sei ungefähr die gleiche wie vor der Blockade.

Das Besatzungsstatut für Berlin ist heute vormittag von den drei westlichen Stadtkommandanten unterzeichnet worden. Danach darf die Stadtverwaltung alle Gesetze erlassen, die sie für notwendig hält. Die Alliierten behalten sich zwar das Vetorecht vor, doch kann dies nur bis zu 21 Tagen nach der Verabschiedung der betreffenden Maßnahme durch die Stadtverordnetenversammlung angewandt werden.

Suhr begrüßte das kleine Besatzungsstatut. Es sei damit ein entscheidender Fortschritt in der Selbstverwaltung erreicht. Berlin habe nunmehr dieselbe Stellung erhalten wie die westdeutschen Länder.

MATTIK erklärte, solange die Ostzone unter anderen Bedingungen lebe, müsse Berlin als ein Land der Bundesregierung angesehen werden. Louise SCHROEDER sagte, in erster Linie käme es darauf an, wie das Statut ausgelegt werde. Sie hoffe, daß die Verwaltung bedeutend vereinfacht werde.

Dr. FRIEDENSBURG bezeichnete das Statut als einen erfreulichen Fortschritt.

EISLER ist heute abend in Southampton an Bord eines polnischen Schiffes verhaftet worden. Wie verlautet, soll E. eine Professur in der Ostzone angeboten worden sein.

Wie erst jetzt bekannt wurde, flog am Donnerstag auf der Strecke Magdeburg - Stendal ein russischer Munitionszug in die Luft. Wie der Bln. Telegraf mitteilt, handelt es sich dabei um die größte Eisenbahnkatastrophe in der Ostzone nach der Kapitulation. Bei der Explosion - die 19 Menschenleben forderte - sind viele Häuser zerstört oder beschädigt worden und Wagen und Maschinenteile wurden viele 100 Meter weit geschleudert. Die Ursache der Explosion sind noch unbekannt. Sowjetische Offiziere vermuten einen sehr schweren Sabotageakt. Deutsche Pächter führen das Unglück auf betriebstechnische Unzulänglichkeiten zurück, da die nötigen Vorkehrungen fehlten. Sämtliche Nachrichtenverbindungen sollen auf Befehl der SMA unterbrochen worden sein. In der Ostzone und im Ostsektor Berlins begannen heute die Wahlen zum sogenannten dritten Deutschen Volkskongreß, die sich auf zwei Tage erstrecken. Aus Berlin wird gemeldet, daß nur eine einzige Kandidatenliste aufgestellt wurde. Das Ergebnis ist eine von vornherein feststehende Tatsache. - Die Westzonen haben den Volkskongreß nicht anerkannt. Die Bevölkerung wurde nicht aufgefordert, ihre Stimme im Ostsektor abzugeben. Die Wahlbeteiligung hat bisher durchschnittlich 50 % erreicht.

Sender Stuttgart vom 16. Mai 1949

Die Wahlen haben bis jetzt nicht den Erfolg, den die SED erwartete. Wie verlautet, sollen die Wähler der SED mit dem Ergebnis sehr unzufrieden sein. Von den abgegebenen Stimmen ~~haben~~ sind etwa 50 % dafür, 30 - 35 % dagegen und 20 - 15 % der Wahlzettel sind ungültig. Die Auszählung der Stimmzettel erfolgte ungleichmäßig. Viele unklar ausgefüllte Zettel wurden als Ja-Stimme gewertet. Im ersten Quartal dieses Jahres wurden 3 500 polnische Bauernfamilien in ehemaligen deutschen Gebieten angesiedelt. Den Siedlern wurden Kredite in Höhe von 1,4 Millionen Dollar zugebilligt.

STAT

RESTRICTED

No. 15

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 16. Mai 1949

In der Ostzone und im Ostsektor Berlins sind heute morgen die Wahlen fortgesetzt worden. Wahlbeobachter berichten, daß am ersten Tage 50 % Ja- und 35 % Nein-Stimmen abgegeben worden wären. Die restlichen Stimmzettel wären ungültig. Die Beteiligung sei auch heute sehr gering. Wegen der geringen Wahlbeteiligung hielt das Politbüro der SED in der vergangenen Nacht eine außerordentliche Konferenz ab. Es hieß, es müsse unbedingt erreicht werden, daß bis zu 90 % mit Ja gewählt werde, da diese Wahl von großer Bedeutung für die Sowjets sei, um ihre Ansprüche auf der Außenministerkonferenz geltend zu machen, den Volksrat für ganz Deutschland einzusetzen. Die Beschlüsse wurden heute nacht noch realisiert. In allen Teilen der Ostzone wurden die Wahlergebnisse nochmals überprüft. Sonderkommissionen erzielten neue Resultate, die 50 % Ja-Stimmen mehr erreichten. Wie verlautet, ist Oberst TULPANOW abgerufen worden. Er bleibt angeblich noch in Deutschland, um die Parteien in der Ostzone zu überwachen.

NADOLNY ist wieder in Westdeutschland eingetroffen. Er hatte übers Wochenende Besprechungen mit Hermes. Politische Beobachter rechnen damit, daß der sogen. Godesberger Kreis bald wieder zusammentreten wird, um über das Verhältnis Ost - West zu sprechen. Das erste Frachtschiff ist heute in Berlin eingetroffen. Seit Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen sind 69 Eisenbahnzüge in B. eingetroffen. Die Zahl ist größer, als ursprünglich vorgesehen war. In der russischen Zone werden bereits die ersten Waren aus Westdeutschland verkauft.

Dr. SCHLANGE-SCHOENINGEN berichtete über seinen Aufenthalt in Paris. Er hob besonders hervor, daß er in Frankreich überall gut aufgenommen worden sei. Von einem Naß gegenüber Deutschland habe er nichts gespürt. - Er gab bekannt, daß die Lebensmittelrationen wahrscheinlich auf 2 500 Kalorien erhöht werden würden, und daß jeder 1 Kilo Fleisch und das gleiche Quantum Fett erhalten werde.

Die CDU in Hessen hat von Brentano und Strauß das Mißtrauen ausgesprochen, da sie für Bonn gestimmt hätten. Die CDU wird beide auch nicht als Kandidaten für den Bundestag aufstellen.

Mit den Vorbereitungen der kommenden Bundesregierung sind drei Kommissionen beauftragt worden. Der erste Ausschuss steht unter der Leitung von Min.Präs. ARNOLD, der mit den technischen Angelegenheiten betraut worden ist. Den organisatorischen Ausschuss leitet Min.Präs. STOCK und Dr. G. MUELLER führt den gesetzgeberischen Ausschuss.

Auszüge aus dem Kommentar von HIRSCHFELD:

Der parlamentarische Rat hat das Grundgesetz verabschiedet. Auch die Mil. Gouverneure haben die vorläufige Verfassung gebilligt. Nun werden im Laufe der Woche die Landtage über das Grundgesetz beschließen. Wenn 2/3 dafür stimmen, soll das Grundgesetz in Kraft treten. - Das Grundgesetz ist das Ergebnis von Kompromissen, die von den wichtigsten politischen Kräften geschlossen worden sind. Keine Richtung wird begeistert sein, denn keiner ist sein Wunsch ganz erfüllt worden. Gründe, mit der Verfassung unzufrieden zu sein, haben jedoch nur diejenigen, die so intolerant sind, ihr politisches Glaubensbekenntnis anderen aufzwingen zu wollen. Wir wissen, daß es im bayerischen Landtag erreichte Auseinandersetzungen gegeben hat. Die Entscheidung steht noch aus. Sollte es politische Gruppen geben, die gegen das Grundgesetz stimmen, so kann man die Verantwortungslosigkeit nur beklagen; denn eine eindeutige Entscheidung ist nötiger denn je. In wenigen Tagen werden die Außenminister das Problem beraten und auch klären. Die Beteiligten machen alle Anstrengungen, ihre Positionen zu stärken. Die Machthaber der Ostzone haben begriffen, um was es in Paris geht, darum legen sie so großen Wert auf eine möglichst 100 %ige Wahlbeteiligung. Daß von freien und unbeeinflussten Wahlen nicht die Rede sein kann, ist ihnen genau so bekannt wie uns. Es kommt ihnen auf den Schein an. Sie hoffen, mit diesem Schein ihre Forderungen in Paris unterstützen zu können und für sich die Anerkennung des Volksrats für ganz Deutschland zu erreichen. Mit dieser Situation müssen wir rechnen. Daß es hier um den Kulturkampf zwischen Ost und West geht, hat man im Osten begriffen. Hoffentlich versteht man das auch im Westen.

RESTRICTED

No. 16

Auszüge aus Presseberichten

Sender Stuttgart vom 17. Mai 1949

Das württemberg-badische Kabinett hat das Grundgesetz heute genehmigt. Der Landtag wird morgen über das Grundgesetz entscheiden. Es wird damit gerechnet, daß mit Ausnahme der KP alle Abgeordneten das Grundgesetz billigen werden. - Auch der süddeutsche Landtag wird sich mit dem Grundgesetz befassen.

Arbeitsminister Anton STORCH äußerte sich über das neue Sozialversicherungs-Anpassungsgesetz. Er sagte, das neue Gesetz werde dazu beitragen, daß die sozialen Spannungen in der Bevölkerung beseitigt werden. - Zur Frage der Arbeitslosigkeit erklärte er, sie greife nicht weiter um sich. Kurzzeit würden mehr Arbeiter eingestellt als entlassen.

20 Stunden nach Beendigung der Wahlen gaben die Behörden der Ostzone das Ergebnis bekannt. Richterstatistiker erklärten, das Wahlergebnis zeige den größten Wahlrückschlag, den die Kommunisten bisher in einem von ihnen beherrschten Land gehabt haben.

VON SCHNITZLER meinte, es habe eine Menge Leute gegeben, die gegen die Einheitsliste gewesen wären. In der Ostzone gäbe es Kräfte, die eine doppelzüngige Politik trieben.

NADOLNY erklärte heute gegenüber einem Pressevertreter, nach der Konferenz der Außenminister würden führende deutsche Politiker aus West und Ost zu einer Aussprache zusammenkommen. Die Besprechung der Außenminister sei für den Colloberer Kreis ausschlaggebend.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz BRENNEL: Die Wahlen in der Ostzone.

Mit immer stärker werdender Spannung haben wir heute die Berichte studiert, die uns über die Durchführung der Scheinwahlen zum Volkskongreß hier erreichten, und als dann gegen 17 Uhr ADN das Ergebnis bekannt gab, da zeigte es sich, daß die ostzonale Politik einen geradezu katastrophalen Rückschlag erlitten hat. Etwa jeder dritte Wähler hat den Rat gefunden, mit Nein zu stimmen. Was das bedeutet, unter den harten Bedingungen in der Ostzone so viel Tapferkeit aufzubringen und nein zu sagen, das wird nur dem unverständlich sein, der in der freien Luft des Westens lebt. Sie aber hätte die Wahl erst ausgesehen, wenn sie wirklich frei gewesen wäre. Nach einer wochenlangen Propaganda haben trotz allem 33 1/3 % Nein gesagt. - Uns liegen hier zahlreiche Berichte über den Wahlverlauf vor. So wurden Stimmen mit Ja bewertet, wenn das Kreuz in dem Nein-Kreis über die Umrandung hinausging, da angenommen wurde, daß der Wähler das Nein durchstreichen wollte. Bestand ein Kreuz im Nein-Kreis aus mehreren Strichen, wurde angenommen, daß der Wähler das irrtümlich im Nein-Kreis gemachte Kreuz wieder austreichen wollte, und auch diese Stimme wurde mit Ja bewertet usw. Alle diese großen und kleinen Tricks haben jedoch nicht erreicht, die Opposition ganz zu unterdrücken. Der Beweis des ungebrochenen starken Widerstandes gegen die Sowjetisierung der Zone ist eine Ablehnung des gesamten politischen und wirtschaftlichen Systems. So hat die Wahl gezeigt, daß das demokratische Bewußtsein in der Zone lebendig ist. Wer jemals unter Zwang und Furcht zur Wahlurne gegangen ist, wird wissen, wie schwer diese Gewissensfrage war.

Nun, das Ergebnis spricht eine sehr deutliche Sprache. Die Bevölkerung will diesen Kongreß nicht. Sie will endlich das sowjetische System los werden, ehe es zu spät ist. Für sie dort ist jede Veränderung, die sie von diesem jetzigen Zustand erlöst, eine Verbesserung. Und je eher diese Erlösung kommt, desto besser, sonst entstehen noch Schäden, die in einer ganzen Generation nicht wieder gutzumachen sind. Es wird dann niemand mehr erwarten können, daß die Kräfte zum Widerstand ewig ungeschwächt bleiben werden.

RESTRICTED

STAT

No. 17

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 18. Mai 1949

Seit gestern Abend stauen sich ca. 300 Lastkraftwagen mit leicht verderblichen Lebensmitteln am Grenzübergang Helmstedt. Laut einer neuen Anordnung der Sowjets sollen von der DWK ausgestellte Ladescheine vorgezeigt werden.

Auch der Zonenübergang bei Hof wurde von den Sowjets wieder für Warentransporte nach Berlin gesperrt mit dem Hinweis darauf, daß nur der Helmstedter Übergang hierfür zuständig sei.

Die Landtage von Württemberg-Baden, Südbaden und Rheinland-Pfalz haben heute das Grundgesetz ratifiziert. Mit Ausnahme der KPD stimmten alle Abgeordneten geschlossen dafür.

Dr. ADENAUER sprach gestern vor Heidelberger Studenten über das Grundgesetz. Er unterstrich die Bedeutung dieser Verfassung und sagte, mit der Verabschiedung habe die Zeit der eigenen politischen Tätigkeit begonnen. Man müsse nicht nur die Mängel sehen, sondern auch daran denken, daß das Grundgesetz ein Kompromiß sei.

Ausländische Korrespondenten bezeichnen das Ergebnis der Wahlen zum sogenannten Dritten Deutschen Volkskongreß als eine große politische Überraschung. Außerdem wird die Wichtigkeit der Auszählung angezweifelt.

Von kommunistischer Seite aus wird das Ergebnis als ein Vertrauensbeweis für die Arbeit des Volksrates bezeichnet.

Jakob KAISER erklärte: Die Abstimmung ist eine Lehre für alle, die noch glauben, in deutschen Gebieten mit Erfolg Theater spielen zu können.

Dr. EHARD ließ heute im Auftrag der Staatsregierung in der Kanzlei des Kronprinzen ein Glückwunschschereiben überreichen. Die bayerische Staatsregierung beschloß, eine Gedenktafel zu Ehren Kronprinz Rupprechts an seinem Wohnsitz anbringen zu lassen. An dem Geburtstagsempfang in Schloß Nymphenburg nahmen Kultusminister Dr. Hundhammer und Dr. Baumgartner teil. Der Kronprinz verlieh den Gratulanten eine Erinnerungsmedaille.

In einem Interview erklärte Dr. Kurt SCHUMACHER zur bevorstehenden Außenministerkonferenz: Das deutsche Volk sieht dieser Konferenz mit Vorsicht und Mißtrauen entgegen. Letzteres ist vor allem gegen die SU gerichtet. Es handelt sich heute um die Frage, ob die Demokratie in ganz Deutschland oder nur in einem Teile bestehen wird. Mit Erleichterungen praktischer Natur ist das Problem nicht gelöst. Es kommt darauf an, daß die verfassungsgemäß festgelegten individuellen Freiheiten des Volkes gesichert sind. Die Einzelpersonen müssen gegen gegenwillkürliche Verhaftungen geschützt werden. Sie müssen Redefreiheit, Gleichheit vor dem Gesetz und andere Rechte genießen, die im täglichen Leben von Wichtigkeit sind. Solange diese Probleme nicht gelöst sind, kann von einer Einheit zwischen Ost und West keine Rede sein.

Sender Stuttgart vom 19. Mai 1949

Dr. KOEHLER sprach gestern über die wirtschaftliche und politische Entwicklung in Deutschland. Er forderte alle Deutschen auf, sie sollten an den neuen Staat glauben. Ein Gesamtdeutschland könnte nur dann einen Sinn haben, wenn die Menschenrechte anerkannt würden. Nach der Währungsreform habe sich die Lage nicht nur in materieller, sondern auch in geistiger Hinsicht verbessert. Eine gute Verständigung mit Frankreich sei zur Bildung eines neuen Europa notwendig. In diesen Punkten seien bereits Fortschritte erzielt worden.

/ver Der Interzonenverkehr bei Hof und Probstzella läuft wieder normal. Bei Hof wurden alle Materialtransporte durchgelassen. Es wird angenommen, daß sich die Sperre nur auf Lebensmitteltransporte bezieht. ADN beschuldigt gestern die Westmächte, das Abkommen verletzt zu haben. Es sei den Westmächten nicht gestattet, deutsche Postwagen an die Alliiertenzüge anzuhängen.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 18

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 19. Mai 1949

Die Stadtverordneten von Berlin haben sich zu den Forderungen, Prinzipien und Zielen des von Parlamentarischen Rat beschlossenen Grundgesetzes bekannt. In einer EntschlieÙung danken sie dem Parlamentarischen Rat für den Willen, Groß-Berlin in die Bundesrepublik Deutschland einzubeziehen. Sie hätten jedoch mit großem Bedauern davon Kenntnis genommen, daß die int. Lage es den Vll. Couv. nicht gestattet habe, die Stadt gegenwärtig in den Bund einzubeziehen. Dr. SUHR erklärte: Wir sind zwar formell getrennt, Berlin fühlt sich aber schon heute mit der Bundesregierung stark verbunden. REUTER sagte: Berlin ist das Tor zum Osten, das unbedingt im Interesse Europas aufgeschlossen werden muß.

Vertreter des Volksrates und westdeutsche Politiker werden morgen in Hannover zu gemeinsamen Besprechungen zusammentreffen. In der Sitzung soll über die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung gesprochen werden. Auch soll eine gesamtdeutsche EntschlieÙung für die Pariser Außenministerkonferenz ausgearbeitet werden. Vertreter des Nauheimer Kreises, kommunistische Abgeordnete, Angehörige des Frankfurter Wirtschaftsrates usw. werden an der Sitzung teilnehmen, doch werden sie nicht in amtlicher Eigenschaft verhandeln.

Der Lastwagenverkehr in die russische Zone ist wieder in Gang gekommen. Bei Oebisfelde konnten die Wagen die Zonengrenze ungehindert passieren. Nach Aussagen verschiedener Fahrer waren keine besonderen Stempel in den Begleitpapieren nötig. Bei Helmstedt besteht weiter Lastwarensperre.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz PRENZEL: Für und wider den westdeutschen Bundesstaat.

Der Landtag von Württemberg-Baden hat gestern als erstes westdeutsches Land das Grundgesetz gebilligt. Am selben Tage folgten Südbaden und Rheinland-Pfalz. Von welcher Seite war es nicht als sicher angenommen worden, ob Südbaden und Rheinland-Pfalz dem Gesetz zustimmen würden. Diese Vermutungen sind jedoch nun widerlegt worden und es wird angenommen, daß auch der südwestdeutsche Landtag das Grundgesetz billigen wird. Trotz der heute nacht noch zu erwartenden Ablehnung Bayerns wird das Grundgesetz natürlich auch in Bayern selbst in Kraft gesetzt werden. Bekanntlich ist für das Inkrafttreten eine 2/3 Mehrheit erforderlich, d.h. 8 Landtage müssen zustimmen. Aller Voraussicht nach werden 10 Landtage das Gesetz billigen. Und damit kann man die Sache als erledigt ansehen. Und erstens können nun die Vorbereitungen für die Wahlen des ersten Bundestages betrieben werden. - Immer wieder ist gefragt worden, warum denn nicht die Bevölkerung selbst das Grundgesetz billigen oder ablehnen könne, sondern diese Aufgabe lediglich den Landtagen überlassen bleibe. Nun, die Ministerpräsidenten haben sich dahin geeinigt, um dadurch den rein provisorischen Charakter zu wahren, und außerdem drängt die Zeit. Wie steht nun die Bevölkerung selbst zu dem Grundgesetz? Ein westdeutsches Institut hat an 1000 Personen verschiedenster Berufs- und Altersgruppen die Frage gerichtet: Sind Sie für die Bildung einer westdeutschen Bundesregierung oder dagegen? 51 % sprachen sich dafür aus, 25 % dagegen. 13 % standen der Frage gleichgültig gegenüber, während 13 % unentschieden waren. Während die Länder der französischen Zone den höchsten Prozentsatz der Zustimmung aufwiesen, zeigte Bayern den geringsten. Doch waren dort auch nur 28 % ablehnend. In allen übrigen Ländern ist das Ergebnis eindeutig klar. In Nord-Württemberg und Baden waren 55 % dafür und nur 12 % dagegen. So etwa sah in großen Zügen das Ergebnis der Umfrage aus. Natürlich kann man daraus keine Schlüsse auf die Gesamthaltung der Bevölkerung ziehen, und doch ist das Ergebnis ganz aufschlußreich.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 19

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 21. Mai 1949

Der Streik der 13 000 Eisenbahner der Westsektoren hat sich weiter verschärft. Der Chef der Transportabteilung der SMV, General Kwanchin, wurde von Streikenden bedrängt, als er auf dem S-Bahnhof Tempelhof erschien, um sich persönlich vom Stand der Dinge zu unterrichten. Westberliner-Polizei brachte ihn in Sicherheit. Am Bahnhof Zoo wurden mehrere russische Offiziere mit Steinen beworfen. Der gesamte S-Bahn-Verkehr mußte eingestellt werden. Der Vorsitzende der Ugo. SQUARNOWSKI, vernichtete mit scharfen Worten das Eingreifen der Ostpolizei und betonte, der Streik werde solange fortgeführt, bis die Eisenbahner der Westsektoren in Westmark entlohnt werden würden.

Der technische Ausschuß ist heute unter ARNOLD zur ersten Arbeitssitzung in Bonn zusammengetreten. Arnold erklärte, er werde dafür sorgen, daß der Bandessitz so schnell wie möglich ausgebaut werde. Die FDP-Fraktion des Parlamentarischen Rates wird am Montag nicht darauf dringen, daß über den Sitz der Bundesregierung noch einmal abgestimmt wird.

Die Autobahn Helmstedt-Berlin bleibt auch weiter für den Lastkraftwagenverkehr gesperrt. Lediglich Personenkraftwagen und alliierte Mil. Fahrzeuge dürfen die Strecke benutzen.

Die Arbeitsminister der französischen Zone haben sich zu einer Aussprache getroffen, auf der die Frage der Sozialversicherung erörtert wurde.

Innenminister BOMMER hat zur Frage über den Südweststaat Stellung genommen. Er erklärte, dem Zusammenschluß der drei Staaten stehe nach Annahme des Grundgesetzes nichts mehr entgegen. Er hoffe, daß Wohlb. jetzt auch einer Vereinbarung zustimme.

Der Frankfurter Wirtschaftsrat wird das Gesetz zum Lastenausgleich am kommenden Mittwoch verabschieden.

1 500 Interessenten waren am ersten Tag auf der Exportschau in Hannover, darunter 500 Ausländer. Bisher wurden vor allem elektrische Geräte und Autos verkauft.

Generaldirektor Dr. BUSCH von der Hauptverwaltung der Reichsbahn kündigte weitere Entlassungen an. Die Eisenbahn könne ihren jetzigen Personalbestand nicht halten, wenn ihr keine Kredite zur Verfügung gestellt würden.

Sender Stuttgart vom 23. Mai 1949

Die Kommandanten der drei Westsektoren werden heute über den Eisenbahnerstreik beraten. Die drei Generale wollen sich mit der unhaltbaren Situation befassen. Bürgermeister Dr. Friedensburg und Frau Louise-Schröder hatten gestern Abend den amerikanischen Stadtkommandanten ersucht, sich um eine Beilegung des Streiks zu bemühen. In der vergangenen Nacht kam es am Bahnhof Zoo zu schweren Zusammenstößen, als Streikende den von Ostpolizisten besetzten Bahnhof zu stürmen versuchten. 1 000 Personen sollen bei den Tätlichkeiten bisher verletzt worden sein. Ein Eisenbahner ist getötet worden, 8 wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen in Krankenhäuser eingeliefert. Heute früh waren 21 S-Bahnhöfe in der Hand der Streikenden.

Im amerikanischen Sektor sind gestern 100 Lastkraftwagen aus Westdeutschland eingetroffen.

Das Grundgesetz wird heute nachmittag verkündet werden. Mit dieser Sitzung beendet der Parlamentarische Rat seine mehrmonatigen Arbeiten.

Dr. Arnold gab gestern in Bonn einen Empfang für die Mitglieder des Parlamentarischen Rates. Bei dieser Gelegenheit dankte er den Mitgliedern für die Arbeit am Grundgesetz.

RESTRICTED

No. 20

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Stuttgart vom 23. Mai 1949

Das Grundgesetz ist heute in Kraft getreten. Es wird zunächst nur für Westdeutschland Gültigkeit haben. An der Schlußsitzung nahmen u.a. Vertreter der drei westlichen Besatzungsmächte, die elf westdeutschen Länderchefs und Oberbürgermeister Dr. Reuter, Oberdirektor Pinder, weitere Direktoren des Frankfurter Wirtschaftsrates sowie zahlreiche Minister aus den westdeutschen Ländern teil. Das Gesetz wurde von 66 Abgeordneten unterzeichnet. Die beiden kommunistischen Abgeordneten verweigerten ihre Unterschrift. Dr. ADENAUER unterstrich in seiner Ansprache die große Bedeutung des heutigen Tages. Mit der Verkündung habe ein neuer Abschnitt in der Geschichte des deutschen Volkes begonnen. Die Bundesrepublik Deutschland sei damit Wirklichkeit geworden. Er bedauerte, daß noch nicht ganz Deutschland zu einem Staat zusammengefaßt worden sei, aber das läge außerhalb der Möglichkeiten, die dem deutschen Volk heute gegeben seien. Adenauer drückte auch die schwere Besorgnis über die Fortsetzung der Demontagepolitik aus. Die politische Aufbauarbeit der deutschen Demokratie würde dadurch gefährdet. Er bat die alliierten Vertreter, sich für eine Revision in dieser Frage einzusetzen und sie nicht nur nach wirtschaftlichen, sondern auch nach politischen Gesichtspunkten zu prüfen. Die westberliner Eisenbahner haben auch heute ihren Streik fortgesetzt. Durch den Ausstand ist der Güterverkehr von Westdeutschland nach Berlin zu 50 % lahmgelegt. Bis heute nachmittag trafen nur 15 Züge ein. 22 Züge befinden sich noch auf der Strecke zwischen Helmstedt und Berlin.

Das Ersuchen des Berliner Magistrats an die drei westlichen Militärkommandanten, alle Stationen der S-Bahn in den Westsektoren von der Stumm-Polizei besetzen zu lassen, wurde abgelehnt. Der Polizeipräsident Osterlins, Paul MARKGRAF, hat den streikenden Eisenbahnern schwere Strafen angedroht. Alle Personen, die den Verkehr gefährden und Beschädigungen usw. vornehmen, müssen mit schweren Strafen einschließlich der Todesstrafe rechnen. Der Präsident der ostzonalen Eisenbahnverwaltung, KREIEMEYER, erklärte einem Pressevertreter gegenüber, er sei entschlossen, auf keinen Fall nachzugeben. Er bat den Streikenden bekanntzugeben, daß sie nicht mit einem Kompromiß rechnen können.

Wilhelm PIECK, der sich in Kurorten auf der Krim erholte, ist gestern wieder in Berlin eingetroffen. Er besuchte Moskau nur kurz. Um den deutschen Standpunkt gegenüber der Pariser Außenministerkonferenz zu vertreten, soll ein Beratungsausschuß, bestehend aus vier westdeutschen Ministerpräsidenten und vier Mitgliedern des Parl. Rates, gebildet werden. Es ist nicht beabsichtigt, diesen Beratungsausschuß nach Paris einzuladen.

Die Postgewerkschaften der drei Westzonen wollen sich zu einer einheitlichen Gewerkschaft zusammenschließen.

Über 2 Mill. t Steinkohlen sind in der vergangenen Woche in der britischen Zone gefördert worden. Das ist ein neuer Rekord nach dem Kriege. Die Förderung betrug täglich durchschnittlich 335 000 t.

Der Wirtschaftsrat ist heute nachmittag zur 37. Plenarsitzung zusammengetreten. Auf der Tagesordnung stehen u.a. die Verabschiedung des neuen Soforthilfegesetzes und des Haushaltsplanes für 1949/50.

Vertreter der DWK und des Erkf. Wirtschaftsrates haben heute ihre Besprechungen über den Interzonenhandel aufgenommen. Die Vertreter sind übereingekommen, nur gemeinsame Kommuniqués zu veröffentlichen.

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz FRENZEL: Das Schlimmste muß verhütet werden.

Frenzel nahm zur verweifelten Lage der Flüchtlinge Stellung. Er erklärte, der Eiertanz um den Lastenausgleich stelle kein Ruhmesblatt dar. Laut Mitteilung der Neuen Ztg. habe der 2ler-Ausschuß des Wirtschaftsrates eine bedingte Ermäßigung der Lastenausgleichsabgabe auf das Grundvermögen von 3 auf 2 % beschlossen. Der Vorschlag beziehe sich nur auf den Wohnhausbesitz, da an den Miethäusern umfangreiche Reparaturen nachzuholen seien. Das Plenum habe diesen Beschluß nun zu billigen oder abzulehnen. Frenzel protestierte gegen diese Maßnahme. Es könne nicht im Interesse der Hausbesitzer sein, Flüchtlinge als Minderheiten zu betrachten. Außerdem scheine die Eizstirmigkeit einiger Politiker so groß zu sein, daß sie gar nicht bemerkten, daß sie damit die Grundlage der eigenen Existenz zerstörten.

RESTRICTED

No. 134

Auszüge aus Presseberichten

STAT

Landmaschinenmangel in der Ostzone. Der Mangel ist drückend. Eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und fühlbare Besserung des Lebensstandards ist nur möglich, wenn es der DWK gelingt, ihre Produktionspläne zu realisieren. Die gelieferten 1000 russischen Traktoren bedeuten nur einen Tropfen auf den heißen Stein. Eine Erfüllung des im Zweijahresplan vorgesehenen Plansolls der Landmaschinenindustrie ist unmöglich. Die einschlägigen Fabriken der Ostzone haben durchschnittlich erst wieder ein Viertel ihrer einstigen Kapazität erreicht. Die Landmaschinenfabriken der SBZ sind fast alle, soweit es sich um nennenswerte Betriebe handelt, volkseigen. Das verstaatlichte Bodenebearbeitungs- und Bodenbestellungsmaschinenwerk Rud. Sack, Leipzig, hat nach der Demontage neu aufgebaut. Die Firma stellt Kartoffelpflüge, Vollerntemaschinen, Kartoffelrosmaschinen und seit kurzem Rüben- und Rübenköpfmaschinen her. Die Fabrik ist das bedeutendste Werk dieser Art in der Ostzone. Ebenfalls verstaatlicht wurden nach Neuauflage die Landmaschinenfabriken Stoll in Vörgau und Draht-Bremer in Westock. Die Cornick-Werke und die Lytall-Werke in Brandenburg.-Zentrum des Traktorenbaues der SBZ ist Nordhausen. Zwei ehemalige Aktiengesellschaften, die MBA und die Normag, sind als volkseigene Betriebe im Traktorenbau tätig. Die MBA stellt Dieselmotoren im Lizenzbau her, die Normag produziert Fahrgestelle. Das volkseigene Schlepper- und Traktorenwerk Schmidt, Granz & Co. in Nordhausen ist außer für den Bau von Spezialmaschinen für Kali- und Kohlenbergwerke auf die Fertigung von Schlepperfahrzeugen eingerichtet. Da dieses Unternehmen zunächst als SAC arbeitete, ist es im Gegensatz zu den erstgenannten von Demontagen verschont geblieben. Neben einem kleineren im Aufbau begriffenen Betrieb in Schönebeck bei Magdeburg entsteht in Brandenburg in volkseigener Regie in den früheren Brennabor-Werken auch "Brandenburgische Traktorenwerke" eine Fabrik, die 25-PS-Generator-Traktoren mit Holz-, Brikett-, Torf- oder Braunkohlenheizung herauszubringen soll. Auch die volkseigenen Horch-Werke in Zwickau wurden im Rahmen des Zweijahresplanes angewiesen, Ackerschlepper mit 40-PS-Dieselmotoren zu bauen. Das den Horch-Werken auferlegte Produktionssoll von 350 Traktoren für 1949 kann aber, da es der Fabrik wie den anderen Werken an den erforderlichen Werkzeugmaschinen, Elektromotoren und anderen notwendigen Fabrikationseinrichtungen fehlt, nicht erfüllt werden. Allgem. Ztg. vom 13. Mai 1949

Reorganisation des Handels in der SBZ. Zur Reorganisation der SBZ hat man einen grundsätzlich anderen Weg beschritten als in Westdeutschland, und in ähnlicher Weise ist in den Ländern des Ostblocks verfahren worden. Nicht schrittweise Anpassung wurde versucht, vielmehr unter der Parole, die Übersetzung des Handels zu beschleunigen, den Warenweg zu verkürzen, die Handelsspannen drastisch zu senken und andere Mißstände aus der Welt zu schaffen, die vorhandene Handelsorganisation in zunehmenden Maße zerschlagen und ein neuer Apparat aufgebaut. Die Rationalisierung des Handels dient im wesentlichen als Vorwand für Enteignung und Verstaatlichung. - Durch die Anordnung der DWK über die Verkürzung des Handelswegs bei gewerblichen Verbrauchsgütern ist u.a. die Hauptverwaltung Finanzen der DWK angewiesen worden, bei Festlegung der Handelsspannen für die genannten Waren auf der Großhandelsstufe keine höhere Spanne als insgesamt 15 v.H. auf den preisrechtlich erlaubten Einkaufspreis und auf der Einzelhandelsstufe keine höhere Spanne als insgesamt 20 v. H. zuzulassen. Sofern bisher die Gewährung von Rabatten an den Handel üblich war, soll entsprechend verfahren werden. Mit dieser Neuordnung sind im ganzen die bis dahin in den einzelnen Ländern der SBZ verhängten Kürzungen von Handelsspannen erheblich überschritten worden. Dabei wird noch betont, daß diese Herabsetzung nur als Anfang zu der notwendigen Reorganisation des Handels anzusehen sei. - An sich kann durch die Konzentration des gesamten Umsatzes der Zone auf wenige Monopolbetriebe oder monopolähnliche Gebilde bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Warenlagerung und der Mangelwirtschaft, eine Warenbewegung und -verteilung mit sehr niedrigen Kosten ermöglicht werden. Nach den bisherigen Erfahrungen muß man es aber als zweifelhaft ansehen, daß dieses Ziel erreicht wird, weil sich in diesen außerhalb des Wettbewerbs stehenden Betrieben sehr bald zahlreiche Unwirtschaftlichkeiten einzuschleichen pflegen, die die auf dem freien Markt erzielbaren Vorteile häufig mehr als wettmachen.

WZ v. 13. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 135

Auszüge aus Presseberichten

=====

Ost-West-Verbindung. Zahlreiche Industrie- und Handelskammern sowie Industriebetriebe der südfranzösischen Besatzungszone haben aus der Ostzone Telegramme erhalten, in denen sie aufgefordert werden, sich für Besprechungen deutscher Vertreter aus Ost und West noch vor dem Beginn der Außenministerkonferenz einzusetzen. Der Oberbürgermeister von Leipzig hat dem Oberbürgermeister von Frankfurt ein Telegramm gesandt, in dem er ihn auffordert, sich für gemeinsame Besprechungen der Volksvertreter aller vier Zonen einzusetzen. Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund hat beschlossen, Nuschke nach Westdeutschland zu schicken, wo er eine Zusammenkunft aller deutschen Gewerkschaften anregen soll.

Allgem. Ztg. vom 16. Mai 1949

Über sowjetische Arbeitslager. Acht bis 14 Millionen Menschen arbeiten schätzungsweise in russischen Zwangsarbeitslagern. In dem Isolierungslager auf den Solovetski-Inseln ist es üblich, die Gefangenen im Winter als Bestrafung barfuß zum Wasserholen zu schicken. Der Weg zum See führt über 273 vereiste Stufen. - Im Durchgangslager Magadan sind die körperlich Schwachen von vornherein Todeskandidaten. Ein umfassender Bericht stammt von Dr. Julius MARCOWITZ, einem nach Tel Aviv ausgewanderten Polen, der während eines Besuchs in seiner Heimatstadt im Jahre 1940 aufgegriffen und verhaftet wurde, da sein Paß nicht in Ordnung war. Er lernte während fünfjähriger Haft die verschiedensten Lager von Finnland bis nach Archangelsk in Sibirien kennen, die unter dem Namen BBK (Belomor Baltik Kanal) zusammengefaßt, in mehrere hundert Einzellager aufgegliedert sind und über 500 000 Menschen fassen. Er traf Gefangene, die mit kurzen Unterbrechungen dort ihr ganzes Leben seit 1924 zugebracht haben. 100 Menschen schliefen in einem Raum auf nackten Pritschen. Neun Arbeitstage, ein Feiertag, die Bezahlung: unzureichendes Essen, auf Unterernährung zurückzuführende Todesfälle wurden seit 1945 nicht mehr gebucht.

In den Lagern hat sich eine eigene Gesellschaftsordnung herausgebildet. Die unterste Klasse sind Hesen, die kaum mehr menschenähnliche Züge aufweisen. Die nächste Stufe sind die noch Arbeitsfähigen; dann kommen die "urki", Kriminelle, schließlich die "predurki", welche in der Lagerverwaltung beschäftigt sind. Obwohl im kommunistischen Manifest von 1848 die Prostitution als besonderes Schandmal der kapitalistischen Welt gebrandmarkt wurde und die SU eine solche tatsächlich nicht kennt, sind Frauen im Lager auf sie angewiesen, um wenigstens einen notdürftigen Schutz zu finden.

Süddt. Ztg. vom 14. Mai 1949

Enteignung der Bankinstitute im Ostsektor. Der Ostmagistrat hat auf Grund einer älteren Ermächtigung die im Ostsektor sitzenden geschlossenen Banken und Versicherungs- und Grundstücksgesellschaften enteignet. Das Eigentum der betroffenen Unternehmen war schon lange den Besitzern entzogen. Betroffen sind u.a. 39 Aktienbanken und 26 Hypothekenbanken, 13 öff.-rechtl. Kreditinstitute, 11 Privatbanken, an die 100 Hauptniederlassungen und Tochtergesellschaften der größten deutschen Versicherungsunternehmen sowie 87 Grundstücksgesellschaften. Sie sollen in Volkseigentum übergehen, die Liegenschaften durch die Deutsche Treuhandgesellschaft betreut werden. Für die Versicherungsbeträge ist Übernahme durch eine neu zu gründende "Berolina" Allgemeine Versicherungsgesellschaft vorgesehen. Im Gegensatz zum Vorgehen in der Ostzone soll bei der Berliner Enteignung eine Entschädigung gezahlt werden; über die Höhe wird nichts mitgeteilt. Im Übrigen soll die Entschädigung ausgesetzt werden bis zu einem allgemeinen dt. Lastenausgleich. - Die nichtenteigneten Gesellschaften u.a. die Gesellschaften a.G. und ausländische Unternehmen sollen im Ostsektor weiterarbeiten können. Bei den Realkreditinstituten werden etwa 700 Mill. Mark Hypothekendarlehen betroffen mit einem jährlichen Zinsertrag von 27 Mill. DM. Die Inkassokommission, deren Tätigkeit wahrscheinlich jetzt ein Ende gesetzt wird, hat bisher Millionenbeträge an Zinsen beim Stadtsektor Ost angesammelt, wo sie vermutlich jetzt enteignet sind.

Süddt. Ztg. vom 14. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

STAT

No. 136

Auszüge aus Presseberichten

Die Steuerreform in der Ostzone. Die Steuernovelle bringt eine Erhöhung des steuerfreien Betrags für Lohnempfänger von 110 auf 125 Ostmark und für Einkommensteuerpflichtige von 600 auf 720 Ostmark. Um einen Anreiz zur Steigerung der Mehrarbeit der Lohnempfänger, der Angehörigen der freien Berufe und der selbständigen Gewerbetreibenden zu geben, ist die Progression des Lohnsteuer- und Einkommensteuertarifs der Kontrollratsgesetzgebung gemildert worden. Der Höchstbesteuerungssatz, der bisher 86 v.H. betrug, ist jetzt 55 v.H. weil es sich - so wird argumentiert - bei Einkommen bis zu 6.000 Mark im Jahr um selbsterarbeitete Einkommen handeln dürfte, sind diese Einkommen jenen aus Lohn und Gehalt gleichgestellt worden. Die Steuersätze für Lohnsteuerpflichtige sind im Durchschnitt um 35 v.H. gesenkt worden. Nach einem bes. günstigen Jahress-Lohnsteuertarif werden künftig die Einkünfte von Angehörigen der sogen. "technischen Intelligenz" besteuert. Diese brauchen Betriebsausgaben nicht mehr nachzuweisen, wenn sie bei Einnahmen bis zu 20.000 Mark nicht mehr als 40 % Betriebsausgaben geltend machen. Bei einem Einkommen bis zu 60.000 Mark sind 30 % steuerfrei. Mit der Besteuerung nach einem Lohnsteuertarif sind diese Berufe von der Umsatzsteuer befreit. Dies gilt jedoch nicht für Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer und Steuerberater, da ihre Berufsausübung in erster Linie privaten Interessen dient. - Um die schriftstellerische und wissenschaftliche Nebenarbeit zu steigern, gilt für sie künftig ein Pauschalsatz von 15 %, wenn diese Einnahmen 50 % des Einkommens aus Lohn und Gehalt nicht übersteigen.

Es wird die Meinung vertreten, daß eine Besteuerung des Gewinnes der volkseigenen Betriebe deshalb im Grunde entbehrlich werden könne, weil deren Gewinne letzten Endes doch in den Haushalt fließen. Vorläufig werden sie jedoch noch nach dem bisherigen Körperschaftsteuertarif erfaßt. Dagegen sind sie künftig ebenso wie Berufsverbände, pol. Parteien und die für ihre Vermögensverwaltung gebildeten Kapitalgesellschaften von der Vermögenssteuer befreit.

Im schroffen Gegensatz zu der steuerlichen Begünstigung der VEG steht die steuerliche Behandlung der Kapitalgesellschaften im Sinne des Körperschaftsteuergesetzes, also der AG's und GmbH's. Diesen Gesellschaften wird faktisch die Möglichkeit der Gewinnakkumulation, der Eigenfinanzierung und damit der Erweiterung genommen. Sie unterliegen nun künftig nicht mehr dem Körperschaftsteuer-, sondern dem Einkommensteuertarif mit seinen im Durchschnitt wesentlich höheren Sätzen. Auch wenn als Folge der Novelle das Steueraufkommen der Ostzone jährlich um 800 Millionen Mark sinken wird, so nimmt man diesen Preis doch in der Erwartung in Kauf, daß die neuen Maßnahmen zu einer starken Entfaltung der Produktivkräfte beitragen und damit den Steuerausfall wettmachen würden.

Wirtschafts-Ntg. vom 18. Mai 1949

KPD-Parteischule. Dieser Tage konnte eine Parteischule der KPD in Haldensdorf (Lippe) ihrer Bestimmung übergeben werden. Sie ist als Landesparteischule für Nordrhein-Westfalen geplant und wird der Schulung von Funktionären aus ganz Westdeutschland dienen. Die neue Schule trägt den Namen des Mitglieds des Polit-Büros der KPD, Wilhelm Florin, der 1944 in der Emigration verstarb.

Neues Leben vom 14. Mai 1949

Reisebericht über den poln. besetzten Teil Ostpreußens. Die meisten der von den Russen völlig demontierten Eisenbahnnebenstrecken sowie die auf ein Gleis reduzierten Hauptstrecken in Pommern, West- und Ostpreußen wie auch zahlreiche Bahnhöfe sind bereits wiederhergestellt. Zahlreiche Züge verkehren regelmäßig. Nur die Verbindung nach dem sowjet. Teil Ostpreußens soll schlecht sein. Die Schaufenster der Geschäfte z.B. in Allenstein sind voll der schönsten Sachen, aber die Preise sind hoch. In Allenstein wohnen noch 500 Deutsche, die für Polen optiert haben und die mühselig ihr Brot verdienen. Auf dem Lande sitzen noch zahlreiche deutsche Bauern, die als "Volkspolen" gelten. Es geht ihnen nicht schlecht. Die wenigen deutschen Jugendlichen gehören der poln. Jugendorganisation an. Auch sie sind der zweijährigen Militärpflicht unterworfen. - Die Güter über 400 Morgen sind aufgeteilt oder werden als Staatsgüter bewirtschaftet. Die landwirtschaftliche Nutzung ist jedoch noch sehr schlecht, da es an Menschen und Maschinen mangelt. - Auf den besseren Böden Ostpreußens ist die Landwirtschaft jedoch schon wieder in einem erstklassigen Zustand.

RESTRICTED

No. 137

Auszüge aus Presseberichten

Strasser. In politischen Kreisen Berlins, die der SMA nahestehen, ist bekannt geworden, daß die Sowjetische Mil. Verwaltung Schritte unternommen habe, um Otto STRASSER, der gegenwärtig in Kanada lebt, die Rückkehr nach Deutschland zu ermöglichen. Diese Kreise betonen, daß Strasser bereits von 1933 an engste Verbindung mit Moskau unterhalten habe. Er stehe im stärksten Gegensatz zum westlichen Denken. Von sowjetischer Seite werde daher erwogen, die Gründung einer neuen politischen Bewegung Strasser zu übertragen, nachdem weder die SED noch die NDP die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt hätten.
Allgem. Ztg. vom 17. Mai 1949

Berliner Banken. Nach der Schaffung der Berliner Kreditbank aus den westsektoralen, dem früheren Berliner Stadtkontor angeschlossenen Niederlassungen ist die Gründung von Privatbanken in Fluß gekommen. Zahlreiche Anträge auf Eröffnung von Kreditinstituten liegen vor. Es soll jetzt ein Kapital von 100 000 DM gegen 50 000 DM früher verlangt werden. Über eine Warenkredit- oder Industriebank für Berlin wurde auch in Frankfurt verhandelt. Aus Mitteln der Wiederaufbaubank steht der Stadt Berlin ein Investitionskredit von 50 Mill. DM in Aussicht. Dafür soll ein besonderes, auf die bisher der Berliner Währungskommission angegliederte Warenverrechnungsstelle gestütztes Institut entstehen. Die Verrechnungsstelle müßte ohnehin nach den Bestimmungen über die Berliner Zentralbank verselbständigt werden. Sie stand bisher schon in engeren Beziehungen zu dem in Berlin verbliebenen Teil der Industriekreditbank.

Süddt. Ztg. vom 14. Mai 1949

Stahlwerk Henningsdorf. Dieses Werk, das durch Bomben weitgehend zerstört war und als Rüstungsbetrieb in großem Maße von der Demontage betroffen wurde, ist heute wieder zu 50 v.H. einsatzfähig. Der Produktionswert betrug 1948 über 18,5 Mill. DM. Die Belegschaft ist auf über 4 000 Personen gestiegen.

Die Welt vom 17. Mai 1949

Wirtschaftsplan. Zu diesem Plan nahm kürzlich Bruno BAUM Stellung. Er sagte, bekanntlich setze der Wirtschaftsplan eine 17 %ige Steigerung der Industrieproduktion fest, aber schon sei ein Nachtragsplan in Arbeit, der diese Ziffer noch erhöhen soll. Besonders intensiv werde der Ausbau der Elektroindustrie vorangetrieben. Der Schwerpunkt dieses Industriezweiges liege heute im Ostsektor, nachdem nicht weniger als 2/3 dieser Industrie aus Berlin abgewandert seien. Die großen zonalen Betriebe der Elektroindustrie wollen ihren Sitz in Berlin nehmen. Baum unterstrich dann die Notwendigkeit des Wohnungsbauprogramms. Die Industriegewerkschaft Bau müsse dabei entscheidend mitwirken. Er schlug dann einen zentralen Planungsausschuß für Berlin vor. In diesem Planungsausschuß würden die Industriegewerkschaften, die Betriebe, die Kammer der Technik, die dem. Parteien und Organisationen vertreten sein. Daneben müsse es bezirkliche Planungsausschüsse geben, und schließlich müßten die Planungsausschüsse in den Betrieben mobilisiert werden.

Hebung der Produktivität sei Haupterfordernis. Es gelte, besser und preiswerter zu produzieren. Für Juni wurde ein Wettbewerbsmonat innerhalb der Betriebe und der Betriebe untereinander angeregt, um eine Produktionssteigerung zu erreichen.

Tgl. Rundschau vom 6. Mai 1949

Warenmünde wird in diesem Jahr keinen Kurbetrieb haben, da sämtlicher Wohnraum für die Arbeiter und Angestellten der Wernower Werft benötigt wird. 200 Familien und Einzelpersonen, die in Warenmünde wohnten, ohne dort beruflich tätig zu sein, sollen an andere Stellen Beckenburger untergebracht werden.

Rhein. Merkur vom 14. Mai 1949

RESTRICTED

No. 138

Auszüge aus Presseberichten

Blockade Westberliner Industrie. Die Westberliner Industrie ist von sowjetischer Seite noch immer blockiert. 70 mit Westberliner Industriegütern beladene Eisenbahnwaggons warten in den Westsektoren auf ihre Abfahrt nach Westdeutschland. Es handelt sich um Waren, die von den Westberliner Versandfirmen den westdeutschen Geschäftspartnern schon vor acht Tagen telefonisch zugesagt worden sind. Von sowjetischer Seite ist die Genehmigung zum Abtransport dieser Waggons noch immer nicht erteilt worden. - In Berliner Wirtschaftskreisen herrscht die Meinung, daß dieser unmäßliche Zustand, der eine schwere Schädigung der Westberliner Industrie bedeute, keinesfalls länger bestehen bleiben dürfte. Schwierigkeiten haben sich auch beim Abtransport Westberliner Waren auf Lastwagen ergeben. Die Mehrzahl derjenigen Lastwagen, die Versorgungsgüter nach Berlin gebracht haben, müssen leer in die Westzonen zurückfahren, weil nur bestimmte Warengruppen der Westberliner Industrie ohne sowjetische Genehmigung nach Westdeutschland geliefert werden dürfen.

Allgem. Ztg. vom 19. Mai 1949

HO-Läden. Vor einem halben Jahr wurden in der SBZ und im Berliner Ostsektor die sogen. "Freien Läden" eröffnet. Offiziell wurden zwei Motive dafür angegeben: Verdrängung des Schwarzmarktes durch Unterbietung der Preise und Stärkung der Finanzen der Zone aus den zu erwartenden hohen Überschüssen. Die Gewinne sollten sich daraus ergeben, daß die Läden nur den Preis der sogenannten freien Spitzen bei ihren Einkäufen bezahlen, das heißt etwa das Dreifache des Preises, der für Waren auf Bezugsscheine zu zahlen ist. Für die Leitung der HO, die der Hauptfinanzverwaltung der DMK untersteht, ergab sich schon zu Beginn ein schwieriges Dilemma. Mocht man die Preise hoch, so konnte man zwar den Staatskassen hohe Überschüsse zuführen, aber nicht die Konsumwaren drücken und den Schwarzmarkt durch Preisunterbietungen ausschalten. Die angespannte Finanzlage zwang dazu, die fiskalischen Interessen den volkswirtschaftlichen Erfordernissen der Preissenkung voranzustellen. So kommt es vor, daß Schwarzmarktpreise niedriger sind als die der HO-Läden.

Der Ansturm auf diese Geschäfte war anfangs sehr groß. Seit Jahresbeginn ist das Geschäft dieser freien Läden jedoch sehr uneinheitlich gewesen. Es schwoll immer dann an, wenn die Öffentlichkeit aus Furcht vor neuen Nahrungsmaßnahmen in die Sachwerte flüchtete. Des größten Zuspruchs erfreuen sich die freien Läden und Gaststätten im Ostsektor, weil hier eine bessere Kaufkraft der Bevölkerung der Westsektoren vorhanden ist. In Zeiten von Nahrungsgerichten gingen die Tagesumsätze daher in viele Millionen. Die Berliner Unternehmungen werden auch noch aus anderen Gründen von den deutschen und sowjetischen Stellen besonders gefördert; man will aus propagandistischen Gründen einen Larenreichtum der SBZ vortäuschen. Daneben hofft man aber auch, eine günstige Beeinflussung des niedrigen Ostmarkkurses dadurch zu bewirken, daß der Westberliner seine Westmark zu den Käufen in den HO-Läden in Ostmark umtauschen muß und so eine zusätzliche Nachfrage nach dieser Währung hervorruft. Auf der anderen Seite erschwert jede Kursbesserung der Ostmark das Geschäft der HO-Läden. Die verstärkte Versorgung Westberlins mit Konsumgütern nach Aufhebung der Blockade wird die HO-Läden und damit die öffentlichen Finanzverwaltungen der SBZ vor eine ganz neue Situation stellen. Man wird infolge des in Westberlin schon eingetretenen Preissturzes entweder die meisten Läden wieder schließen oder erhebliche Preisnachlässe vornehmen müssen, wenn man nicht etwa durch Verabmanipulierung des Ostmarkkurses ein weiteres Valutadumping zum Nutzen der sowjetischen Finanzen vornehmen will. Die finanziellen Glanzzeiten der HO-Unternehmungen, die in sechs Monaten fast eine Milliarde Ostmark Überschüsse erzielt haben sollen, scheinen jedenfalls der Vergangenheit anzugehören.

Wirtschafts-Ztg. vom 21. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 139

Auszüge aus Presseberichten

Dt. Kriegsgefangene in Polen. Von den deutschen Kriegsgefangenen in Polen, die beim Heimtransport in Gleiwitz gesammelt werden, sollen nach Feststellungen der Kriegsgefangenenhilfe der SPD jeweils 3 % nicht entlassen, sondern mit unbekanntem Ziel weitergeschickt werden. Man vermutet, daß diese Kriegsgefangenen nach Griechenland kommen. Ein von der SED eingesetztes revolutionäres Komitee hat Botschafter Semjonow vor einiger Zeit den Vorschlag unterbreitet, einsatzfähige Kriegsgefangene für eine gewisse Zeit zur volksdemokratischen Bildungsprobe nach Griechenland zu schicken. Der Vorschlag soll angenommen und zur Beantwortung nach Moskau weitergeleitet worden sein. Die polnischen Abwicklungsstellen erklären zu der Verschickung: "Das ist die Arbeit der Deutschen."

Die Welt vom 19. Mai 1949

Haushaltsplan 1949. Der Plan erstreckt sich vom 1. April bis zum 31. Dezember 1949. In diesen neun Monaten beträgt der Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben 1.175 Mill. DM. 300 Mill. DM sind vorgesehen für die Finanzierung einer Materialreserve der volkseigenen Industrie. Die Ausgaben für Investitionen werden sich gegenüber dem Vorjahr verdoppeln.

Südde. Ztg. vom 19. Mai 1949

Sangerhausener Projekt. Über das sogenannte "Sangerhausener Projekt" wird mitgeteilt, daß das Nordfeld etwa 3,8 Mill. t. Erz enthält, das Südfeld rund 1,8 Mill. t. Aus den 3,8 Mill. t. Erz des Nordfeldes hofft man 75 000 t. Kupfer zu gewinnen, so daß der Kupfer-Gehalt des anstehenden Kupferschiefers etwa 1,98 % beträgt. Das ist ein Prozentsatz, der ein wirtschaftliches Arbeiten nur bei sehr hohen Kupferpreisen ermöglicht. - Nach einem Bericht aus Eisleben rechnet man erst für Anfang 1952 mit der Aufnahme der Erzförderung. Inzwischen werden die hohen Kosten der Vorarbeiten für die Erschließung der Vorkommen gelohnt, obwohl niemand voraussagen kann, welchen Stand die Kupferpreise im Jahre 1952 einnehmen werden. Das Sangerhausener Revier soll zu diesem Zeitpunkt über 5 000 Bergleute verfügen. Auf lange Sicht gesehen ist mit einem Sinken der gegenwärtigen Kupferpreise zu rechnen. Angesichts der geringen Erzmenge und des relativ niedrigen Cu-Gehalts besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit dafür, daß die Sangerhausener Erzvorkommen 1952 ein weiterer Zuschubetrieb der volkseigenen ostdeutschen Industrie sein werden.

Wirtschaftsrev. v. 20. Mai 1949

Berliner Wirtschaft. Berlin bewegt momentan die Frage, ob die Blockade indirekt durch Verzögerung der Wareneinfuhrgenehmigung eine neue Blockade noch vor der Außenministertagung über die Stadt verhängt werden. Die erneut erhobene russische Forderung, daß für Waren aus den Westzonen Durchfuhrgenehmigungen der Wirtschaftskommission der Ostzone erforderlich seien, würde praktisch das gesamte wirtschaftliche Berlin einer Kontrolle der Ostzone unterwerfen. Bei der Notwendigkeit für die Berliner Wirtschaft, sich mit Rohstoffen und mit Arbeitskräften zu versehen, könnten die Polen verhängnisvoll sein. Durch Verzögerungen oder Ablehnung der Durchfuhrgenehmigungen wäre die Wirtschaftskommission in der Lage, auf die Preise einzuwirken, indem sie einzelne Industrien begünstigt, andere wiederum schädigt. In Berliner Wirtschaftskreisen wird das starke Absinken des Ostmarkenkurses mit dem Warenzufluß nach Westberlin in den ersten Tagen nach der Blockadeaufhebung in Verbindung gebracht, der einen erheblichen Preisrückgang zur Folge hatte. Viele Bewohner der Ostzone und der Westsektors tauschten ihre Ostmark in den Wechselstuben um. Von der Ostzone wurde vorgeschlagen, eine Polizeikontrolle zwischen Ost- und Westberlin wieder einzuführen, um das Einfließen von Waren aus den Westsektoren zu verhindern. Ferner wurde die SMA darauf aufmerksam gemacht, daß es dringend erforderlich sei, die Wareneinfuhren nach Berlin zu drosseln, um eine Gefährdung des Finanzplanes der Ostzone zu vermeiden.

Allgem. Ztg. vom 21. Mai 1949

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 140

Auszüge aus Presseberichten

Außenhandel der Ostzone 1948. Aus den Darlegungen der "Statistischen Praxis" geht folgendes hervor:

Der Außenhandel der SBZ ist im Jahre 1948 der Aufgabe näher gerückt, vornehmlich die ost- und südosteuropäischen Länder mit hochwertigen industriellen Erzeugnissen zu versorgen und von ihnen landwirtschaftliche Erzeugnisse und industrielle Rohstoffe zu beziehen. Die Einfuhr war im Jahre 1948 um 560 % größer als 1947. Dazu trugen hauptsächlich die Waren, die zum Aus- und Aufbau von Industrien dienen (Anlagegüter), bei. Die Erzeugnisse des Bergbaues und der Eisen- und Stahlindustrie, die bereits 1947 wertmäßig an erster Stelle standen, aber damals noch in verhältnismäßig geringen Mengen bezogen wurden, waren an der Einfuhr mit 57 % beteiligt, wertmäßig nahmen sie von 1947 auf 1948 um 420 % zu.

Wertmäßige Umsätze in Prozent

	1947	1948	1947	1948
	Einfuhr		Ausfuhr	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Land- u. Forstwirtschaft	7,8	24,9	5,1	8,1
Landwirtsch. Erzeugnisse	5,5	22,2	4,5	7,8
Bergbau, Montanindustrie	70,4	56,9	36,6	43,1
Bergbauerzeugnisse	23,7	22,-	30,7	26,3
Eisen und Stahl	0,9	22,1	2,6	2,9
Eisen- und Metallwaren	3,6	1,9	4,2	13,7
Erzeugnisse des Masch. Baues	3,2	0,5	2,4	7,7
Elektrotech. Erzeugnisse	-	0,2	0,3	1,9
Chemische Erzeugnisse	5,6	5,3	6,8	13,6
Anorganische chem. Grundstoffe	3,9	3,5	5,7	11,2
Chem. tech. Erzeugnisse	1,6	0,4	0,7	10,1
Holz- und Kunstmassen-Erzeugn.	1,4	2,3	4,4	14,7
Rohbearbeitetes Holz	-	-	2,4	7,7
Holz, Zellstoff, Papier	-	0,4	0,3	1,7
Verbrauchsgüter	11,2	8,7	42,8	13,1
Textilwaren	1,5	0,5	40,8	3,1
Nahrungsmittel	9,4	6,7	-	-
Genußmittel	-	-	-	-

In erster Linie waren an dieser Einfuhrsteigerung Walzwerkserzeugnisse, Roheisen, Metalle, Kohle und Koks beteiligt. Abgesehen von den chinesischen Erzeugnissen (insbesondere Superphosphaten), die auch im Jahre 1948 unter den gewerblichen Erzeugnissen den 2. Platz einnahmen, sind im Vergleich zu 1947 um das Sechsfache mehr hereingenommen worden, während die anderen industriellen Produktionsgüter verhältnismäßig schwach vertreten. Die Einfuhr an land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen, die mit rund einem Viertel an der gesamten Einfuhr beteiligt war, wuchs von 1947 auf 1948 um etwa das Zwanzigfache. Auch die Einfuhr an Verbrauchsgütern entwickelte sich beachtenswert. Vor allem handelte es sich hierbei um Nahrungsmittel, wie Getreide, Speisefette und Salzpicklinge.

Die Ausfuhr zeigt im ganzen ein der Einfuhr entsprechendes Bild. Die ost- und südosteuropäischen Staaten nahmen 1948 rund neunmal soviel Waren auf wie 1947; sie waren an der Gesamtausfuhr mit 75 % beteiligt gegenüber 19 % im Jahre 1947. Die SU steht dabei mit einem Anteil von 34 % voran vor Polen, das 27 % der Gesamtausfuhr aufnahm. - Abgesehen sich sonach der Handel mit den osteuropäischen Ländern beträchtlich erweiterte, nahm das übrige europäische Wirtschaftsgebiet um fast ein Drittel weniger Waren auf als im Jahre 1947. Die ERP-Länder waren 1947 mit 80 % an der gesamten Ausfuhr der SBZ beteiligt, 1948 nur noch mit 24 %. Diese Verschiebung ist überwiegend dem scharfen Rückgang der Ausfuhr nach der Schweiz (- 73 %) zuzuschreiben. Die Zunahme der Ausfuhr nach den Niederlanden konnte diesen Rückgang bei weitem nicht ausgleichen; sie war nur mit 8 % an der Gesamtausfuhr der SBZ beteiligt, während die drei skandinavischen Länder rund 6 % der Gesamtausfuhr aufwiesen. Handelsverkehr mit den außereuropäischen Ländern war noch ungesam-

No. 140

RESTRICTED

No. 140 a

RESTRICTED

Außenhandel der Ostzone 1948 (Fortsetzung v. No. 140):

Der Außenhandel nach Ländern

Wertmäßige Umsätze in %

	Einfuhr		Ausfuhr	
	1947	1948	1947	1948
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Europa	96,6	99,7	98,9	98,9
Osteuropäische Länder	55,8	78,-	18,5	75,-
UdSSR	1,5	42,-	-	23,1
Polen	48,-	24,1	5,9	26,5
Tschechoslowakei	5,9	9,6	9,-	10,1
Jugoslawien	-	2,-	0,6	1,1
übrige Länder	0,5	0,3	3,-	3,1
ERP-Länder	40,8	21,7	80,4	26,6
Belgien-Luxemburg	-	5,1	2,6	1,2
Niederlande	12,4	6,4	7,1	6,1
Schweiz	2,7	1,2	42,8	3,9
Skandinavien	9,-	3,6	17,4	5,7
Österreich	15,8	3,8	0,2	2,7
übrige Länder	0,9	1,7	10,3	2,8
Außereuropa	3,4	0,3	1,1	0,6

Nach dieser Darstellung zeigt der Außenhandel der SBZ im Jahre 1948 beachtenswerte Ansätze einer Festigung.
Wirtschaftsrevue vom 22. April 1949

RESTRICTED

No. 141

Auszüge aus Presseberichten

Personenschiffahrt. In der SBZ verkehren auf Binnenwasserstraßen in 112 Personenschiffahrtslinien 250 Schiffe mit rund 50 000 Sitzplätzen. Im vergangenen Jahr wurden rund 9 250 Mill. Personen befördert, wobei bei rund 163 Mill. Pers./km zurückgelegt wurden. Die Fahrpreise betragen 0,06 bis 0,07 DM je km. Im vergangenen Winter wurde ein umfassendes Reparaturprogramm für Fahrgastschiffe durchgeführt, um den Binnungsverkehr zu verstärken.

Wirtschaftsrevue vom 20. Mai 1949

Ostzonenbahn. Der Eisenbahnverkehr ist ein besonderes Schmerzenskind der ostzonalen Wirtschaftsplanung. In den letzten Monaten mußten trotz des herrschenden Waren- und Materialhungers immer wieder größere Warenmengen bei den Produktionsbetrieben auf Lager genommen werden, weil die erforderlichen Transportmittel nicht zur Verfügung standen. Produktionsplan und Transportplan sind offensichtlich nicht richtig koordiniert.

Bald nach Besetzung der Zone wurden auf fast sämtlichen Strecken die zweiten Gleise demontiert. Ein zweigleisiger Verkehr ist nur noch zwischen Wittenberg - Erfurt, Magdeburg - Marienborn, Berlin - Frankfurt a.O. möglich. Eine ansehnliche Zahl von Nebenstrecken wurde völlig abgebaut, vor allem in Mecklenburg. Außerdem sind große Teile des besten rollenden Materials nach der SU abtransportiert.

Einsatzfähiges Material	1936	1948
Lokomotiven	6 800	3 000
Personenwagen	17 000	5 200
Güterwagen	146 000	68 000

Von dem noch vorhandenen Fahrzeugpark beansprucht die Besatzungsmacht einen erheblichen Teil für ihre Zwecke. Für den deutschen Verkehr können täglich etwa 12 000 Güterwaggons beladen werden. Infolge des kleinen Wagenparks ist die Generaldirektion der Reichsbahn bestrebt, die Wartezeit zu verkürzen, und es sind dabei auch Erfolge zu verzeichnen. An Neubauten ist jedoch nicht zu denken, da die Kapazität der Fahrzeugindustrie außergewöhnlich stark abgebaut worden ist, es an Rohmaterialien fehlt und der überwiegende Teil der Produktion als Reparationslieferung an die Besatzungsmacht geht. - Von Demontagen wurde der Lok.-Bau zu 100 %, der Waggonbau zu 80 % betroffen. Beträchtliche, z.T. bis 100 % gehende Verluste entstanden auch in den Zulieferwerken. Im Laufe der verg. Jahre sind einige der demontierten Werke wieder aufgebaut worden, doch meist mit unvollkommenen oder veralteten Produktionsmitteln und bescheidener Kapazität. Vier Werke des Waggonbaus (Jannendorf bei Halle, Dessau, Gotha und Weimar) sind sowjet. Eigentum geworden und arbeiten fast nur für die Sowjets. Aber auch die dt. Betriebe (sämtlich volkseigene) müssen den größten Teil der Produktionen der SU liefern. Der Bau von Güterzuglokomotiven ist erst kürzlich in noch kl. Umfang im ehemaligen Werk Grenstein & Koppel (jetzt Karl-Marx-Werk) in Babelsberg bei Bln. angelaufen. Der geplante Wiederaufbau der vollständig demontierten Lok.-Fabrik Wildau bei Berlin befindet sich in den ersten Anfängen. -

Die Bahn muß sich also im wesentlichen damit begnügen, schadhafte, bisher nicht fahrfähige Lokomotiven oder Waggons verwendungsfähig zu machen. Der Bestand an "Schadloks" und Lokomotiven in Reparatur ist beträchtlich; er wird auf etwa 4 000 beziffert, wovon allerdings höchstens 40 % wiederherstellbar sein dürften. Es fehlt vor allem an Ersatzteilen, die ganz oder überwiegend aus Westdeutschland bezogen werden müssen. Lieferungen aus den Ostblockstaaten sind meist nicht möglich. - Schlecht ist auch der Zustand des Oberbaues. Die Schienen bedürften dringend der Auswechslung, die aber mangels Materials nicht vorgenommen werden kann. Die Schienenwalz-Kapazität ist klein und kann wegen des chronischen Stahlmangels nicht ausgenutzt werden. Die Produktion an Rohstahl betrug 1948 ca. 270 000 t und soll bis 1950 auf 800 000 t gesteigert werden, während allein das Gewicht der demontierten Schienen auf etwa 750 000 t geschätzt wird. - Im Güterverkehr sind die Beförderungsleistungen stark gesunken. 1947 wurden ca. 73 Mill.t. Güter mit 10 Milliarden Tonnenkilometern befördert. 1948 dürften die Leistungen um etwa 10 bis 12 % gestiegen sein.

Im Sommer 1948 hatte die Eisenbahn etwa 80 000 Angestellte und 180 000 Arbeiter.

Wirtschafts-Ztg. vom 25. Mai 1949

RESTRICTED

No. 95

Auszüge aus Rundfunkberichten

STAT

Sender Leipzig vom 12. Mai 1949

Berlin: Heute, um 0.01 Uhr, traf die vereinbarte Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen in Kraft. Um diese Zeit wurden die Kontrollstellen eröffnet und die ersten englischen und amerikanischen Kraftwagen passierten die Zonengrenze. Während Militärfahrzeuge die Grenze unkontrolliert passieren können, müssen sich deutsche Wagen einer Kontrolle und Registrierung unterziehen. Nach den Bestimmungen für den Interzonenverkehr können deutsche Reisende die Grenze mit einmaligem und ständigem Interzonenpaß überqueren.

In Berlin ist der Postverkehr uneingeschränkt wieder aufgenommen worden.

Das Spalterparlament trat heute zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. Mit Freude wurde die Mitteilung aufgenommen, daß die Ostsektoren ausreichend mit Strom durch das Kraftwerk Klingenberg versorgt werden.

Heute wurde von der DTK eine Vollsitzung abgehalten, in deren Mittelpunkt der Bericht Professor Kastner's über den Haushaltsplan 1949 stand. In der Eröffnungsansprache berichtete RAU über die ordnungsgemäße Wiederaufnahme des Verkehrs und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die weiteren Verhandlungen die Beseitigung der deutschen Zonengrenzen, die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und den Abzug sämtlicher Besatzungstruppen ergeben möge. Danach gab Prof. KASNER einen umfassenden Überblick über die Finanzlage der Ostzone. Er verwies besonders auf die Steuerreform, die ohne Beispiel wäre. Als Beweis einer wirklich gesunden Finanzlage führte er den hohen Überschuß an, obwohl beträchtliche Beträge für Volksbildungszwecke usw. verauslagt waren. - Zum ersten Mal in der wirtschaftlichen Entwicklung der Zone wurden die volkseigenen Betriebe in den Haushaltsplan eingetragen. Die Ostzone baue aus eigener Kraft heraus. Sie habe im Gegensatz zu den Westzonen keine Schulden.

Die Bevölkerung Groß-Berlins demonstrierte heute für Verständigung und gerechten Frieden sowie für die Einheit Deutschlands.

Der Interzonenhandel von Bayern nach der Ostzone konnte noch nicht in Gang gebracht werden, da vorerst keine Anweisungen zur Ausstellung der benötigten Warenverkehrscheine ergangen sind.

Sender Leipzig vom 13. Mai 1949

Dresden: Das Land Sachsen ist seit vielen Tagen unermüdlich tätig, um die Wahlvorbereitungen zum dritten Deutschen Volkskongreß zu treffen. In den letzten Tagen sind Volksausschüsse gebildet worden, die die Wahlkommissionen die organisatorischen Arbeiten erledigen.

Frankf. a.M.: Zwei weitere Transporte mit 1.487 ehem. dt. Kriegsgefangenen sind im Lager Cronenfelde eingetroffen.

Sender Leipzig vom 14. Mai 1949

Ganz Mitteldeutschland erlebte heute den Höhepunkt der Wahlpropaganda. In Leipzig demonstrierte die Bevölkerung für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden. Alle Gebäude waren mit schwarz-rot-goldenen sowie roten und weißen Fahnen geschmückt. Zerschlagen der Krieg, wählt den Frieden, unter diesem Motto hielt Horst ZIEBEMANN seine Rede. Er sagte, in der Ostzone werde die Politik nicht hinter verschlossenen Türen, sondern durch das Volk und für das Volk gemacht. Deshalb sei es nicht nur die nationale, sondern auch die demokratische Pflicht, mit einem Ja die Politik des Volkes zu unterstützen. In Dresden sprach Otto GROTEWOHL. "Wir werden den Kampf um die Einheit Deutschlands erst dann aufgeben, wenn diese Einheit errungen ist und der letzte Besatzungssoldat deutschen Boden verlassen hat", sagte er. - Auch in Chemnitz gestaltete sich die Kundgebung, auf der ACKERMAN sprach, zu einer eindrucksvollen Einheits- und Friedensdemonstration. Er appellierte an das nationale Gewissen des Deutschen. Es liege nunmehr am deutschen Volk, sein Schicksal in die Hand zu nehmen.

RESTRICTED

No 96

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 14. Mai 1949

Frankfurt a.O.: 976 ehem. dt. Kriegsgefangene trafen im Lager Großenfelde ein.

Henningsdorf: Im Lokomotiv- und Elektrobetrieb Henningsdorf trafen aus der SU 10 Kompressoren mit Zubehör ein.

Berlin: Die drei westlichen Stadtkommandanten haben das Besatzungsstatut für Westberlin unterzeichnet und es Reuter und Struettberg übergeben. Auf Grund dieses Statuts darf sich der Westmagistrat um zahlreiche Arbeitsgebiete nicht kümmern. Politische Kreise bewachen dieses Statut als ein Dokument der Unfreiheit, das dem deutschen Volk seine Souveränität für dauernd absperrt.

Berlin: Der protestantische Bischof von Berlin, Dr. DIBELIUS, erklärte in der Täglichen Rundschau, eine Einigung Deutschlands sei erforderlich, um die Demoralisierung des deutschen Volkes zu vermindern. Die Zonengrenzen seien unnatürlich und die Notwendigkeit für die Deutschen, die Zonengrenzen trotz der alliierten Verordnungen ohne Erlaubnis zu überschreiten, zerstöre die moralischen Wurzeln des deutschen Volkes. Keine Macht der Welt könne z.B. eine Tochter verhindern, an das Sterbebett ihrer Mutter - auch ohne Genehmigung - zu gehen.

Sender Leipzig vom 15. Mai 1949

Der erste Tag der Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongreß entwickelte überall eine rege Wahlbeteiligung. Besonders in den Nachmittagsstunden setzte ein erhöhter Zustrom in die Wahllokale ein. Es läßt sich schon jetzt sagen, daß der weitaus größte Teil der Wahlberechtigten seine Stimme abgegeben hat. Um 18 Uhr hatten in der Mark Brandenburg rund 58,8 % und in Sachsen-Anhalt 57 % der Wahlberechtigten ihrer Pflicht Genüge geleistet. Es ist jedoch sicher, daß diese Zahlen noch eine erhebliche Steigerung erfahren. In Leipzig betrug die Stimmabgabe um 18 Uhr rund 54,17 %, die Landkreise Leipzigs hatten eine 69 %ige Wahlbeteiligung, Dresden 70,1 %, Zwickau 64 %, Landkreis Aue 61,7 %, Chemnitz 75,2 % und Großenhain 81 %. In 81 Gemeinden Sachsen-Anhalts waren die Wahlen bereits um 4 Uhr beendet. Die Wahlen gingen überall glatt und ohne Zwischenfälle vonstatten. Dies wurde auch von ausländischen Pressevertretern bestätigt, die sich von der unbedingten Wahrung des Wahlgeheimnisses überzeugten.

Leipzig: Der Studentenrat der Leipziger Universität hat an die Universitäten von Frankfurt, Göttingen und Erlangen ein Telegramm gerichtet, in dem sie bitten, zwecks Abhaltung gesamtdeutscher Besprechungen am 20. Mai eine Delegation nach Braunschweig zu entsenden.

Sender Berlin vom 15. Mai 1949

Die gesamte Ostzone und der Ostsektor Berlins standen heute im Zeichen der Wahlen zum dritten Dt. Volkskongreß. Straßen und Plätze prangten im Schmuck der Fahnen. Wie übereinstimmend gemeldet wurde, war die Wahlbeteiligung außerordentlich stark. Zahlreiche Jungwähler waren als erste an den Wahlurnen. Auf Lastkraftwagen fuhren bereits in den frühen Morgenstunden Angehörige der PDJ durch die Straßen, die in Sprechchören zur Wahlbeteiligung aufforderten. Ab 20 Uhr fand in allen Wahllokalen die öffentliche Auszählung der Wahlzettel statt. Die Bevölkerung nahm daran regen Anteil. In Berlin haben bis jetzt 10 % ihre Stimmen abgegeben. Von den 511 Delegierten der Westsektoren nahmen 422 an der Delegierten-Konferenz teil. Von diesen stimmten 419 mit Ja und nur 3 mit Nein. - Das bisher größte Wahlergebnis wurde aus dem Kreise Neustadtitz (Mecklenburg) mit 96 % gemeldet. Die Polnische Regierung hat in einer scharfen Note Protest gegen die Verhaftung Gerhard EISLER's eingelegt. Eisler habe sich unter polnischem Schutz befunden. Eisler selbst erklärte, daß er das erste Opfer des Atlantikpaktes geworden sei. Er forderte das englische Volk auf, ihm als einem Mann zu helfen, der stets in den Reihen der fortschrittlichen Demokratie gekämpft habe und nun in seine Heimat zurückzukehren wünsche, um dort weiter für seine Gesinnung zu kämpfen.

RESTRICTED

STAT

No. 97

Auszüge aus Rundfunkberichten

=====

Sender Leipzig vom 16. Mai 1949

Berlin: Die Delegiertenwahlen wurden heute in der gesamten Ostzone und im Ostsektor Berlins fortgesetzt. In den Wahllokalen herrschte schon in den frühen Morgenstunden ein reger Wahlbetrieb. Diejenigen Wähler, die gestern noch keine Gelegenheit hatten, ihre Stimme abzugeben, erfüllten heute ihre Wahlpflicht. Nach Abschluß des Wahlaktes erfolgt die Zählung und Feststellung des endgültigen Wahlergebnisses. Das Resultat wird im Laufe des morgigen Tages durchgegeben. Nach Abschluß der Wahlen wurde im Lande Sachsen der Kreis Olsnitz mit einer 99 igen Wahlbeteiligung hervorgehoben. Der Stadtkreis Zwickau hatte mittags eine 78,5 ige Wahlbeteiligung, Dresden 82 % und Chemnitz 91 %.

Berlin: Zwischen Vertretern der Hauptverwaltung Interzonen- und Außenhandel und Delegierten des Bizonalen Wirtschaftsrates begannen heute Besprechungen über die Wiederaufnahme des Interzonenhandels. Die Besprechungen verliefen in der vorgesehenen Weise und werden morgen fortgesetzt.

Frankfurt a.O.: Ein neuer Transport mit 619 Kriegsgefangenen traf im Lager Tronefelde ein. Die Heimkehrer werden morgen in ihre Heimatorte entlassen.

Schwerin: Die in Schwerin zu einer Tagung zusammengekommenen Vertreter der privaten Wirtschaft haben ihre Berufskollegen aufgefordert, alle Sonderinteressen, die die Einheit Deutschlands gefährden, zurückzustellen. In einer Erklärung heißt es: Wir sind der festen Überzeugung, daß eine gesunde Volkswirtschaft nur dann aufgebaut werden kann, wenn die Zonengrenzen wieder aufgehoben werden. Man gab der Hoffnung Ausdruck, daß dem ersten bescheidenen Schritt betr. Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen weitere Maßnahmen zur Wiederbelebung des Handels folgen mögen.

Berlin: Nach Aufhebung der Verkehrsbeschränkungen wurde heute auch der Omnibusverkehr zwischen dem Ostsektor und der Westzone eröffnet. Die Omnibusse werden in beiden Richtungen regelmäßig dreimal wöchentlich verkehren.

Berlin: Das von den drei westlichen Besatzungsmächten dem Westmagistrat übergebene sogen. kleine Besatzungsstatut verurteilte JENDRETZKY in einer Erklärung einem ADN-Vertreter gegenüber als verwerflich für Berlin. Er wandte sich gegen die Besatzung auf lange Sicht. Das Berliner Besatzungsstatut beweise der Bevölkerung nochmals, wie notwendig die Abgabe ihrer Ja-Stimme für den Volkskongreß sei.

Leipzig: Professoren der Leipziger Universität sandten eine Erklärung nach England, in der sie die Verhaftung Gerhard EISLER's als Menschenraub und Verletzung der Menschenrechte bezeichnen. Sie fordern die sofortige Freilassung zwecks Rückkehr in die Heimat und Ausübung einer ihm übertragenen Professur.

Sender Leipzig vom 17. Mai 1949

Das Sekretariat des Deutschen Volksrates gab heute mittag das vorläufige Ergebnis der Wahlen zum dritten Deutschen Volkskongreß bekannt. Danach betrug die Zahl der Stimmberechtigten 13 533 071. Davon gaben 12 887 234 Personen ihre Stimme ab, so daß sich eine Wahlbeteiligung von 95,2 % ergeben hatte. Gültige Stimmen waren 12 024 221. 7 943 949 Wähler stimmten mit Ja, das sind 56,1 %, 4 080 272 Wähler stimmten mit Nein, das sind 33,9 %. Eine tschechoslowakische Zeitung bezeichnete heute die Ergebnisse der Wahlen in Ungarn und Bulgarien sowie des Volkskongresses als eine Anerkennung gegen die Komplotte der ausländischen Agenten und Anstifter zu einem neuen Krieg. Die Ergebnisse seien ein Beweis dafür, daß die überwiegende Mehrheit den aktiven Kampf für die Erhaltung des Friedens mit Entschlossenheit unterstütze. Die Leipziger Stadtverordneten werden in ihrer morgigen Plenarsitzung u.a. einen neuen Oberbürgermeister wählen.

RESTRICTED

STAT

No. 98

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 17. Mai 1949

Berlin: Das Sekretariat des Deutschen Volksrates gab das vorläufige Ergebnis der Delegiertenwahlen zum dritten Deutschen Volkskongress bekannt. Danach gab es in Sachsen-Anhalt 71,3 % Ja-Stimmen und 28,7 % Nein-Stimmen.

Land	abgeb. Stimmen	Ja	Nein
Sachsen	3 770 975	2 350 711 = 62,3 %	1 420 264 = 37,7 %
Thüringen	1 674 668	1 044 094 = 62,3 "	630 574 = 37,7 "
Brdüg.	1 569 293	1 059 911 = 67,5 "	509 382 = 32,5 "
Wecklbg.	1 250 301	888 395 = 71,6 "	361 906 = 28,4 "

Der Bundesvorstand des FDGB der Ostzone und von Groß-Berlin trat zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. DETER erläuterte die Stellungnahme des FDGB zur Bildung einer nationalen Front. Er sagte, daß es notwendig sei, den Kampf um die Einheit Deutschlands zu intensivieren. Wenn es den vier Großmächten gelungen sei, wieder gemeinsame Besprechungen abzuhalten, dann sollte es erst recht Pflicht der Gewerkschaften aller Zonen sein, sich zusammenzufinden. Der Innenminister von Württemberg-Baden, ULRICH, sagte, eine Einigung in Paris stelle die beste Lösung für den Weststaat dar, weil er dann verschwinde, ehe er in Erscheinung getreten sei.

Auszüge aus dem Kommentar von Kurt HEISS:

Als das Sekretariat des Deutschen Volksrates heute das Ergebnis der Delegiertenwahlen bekannt gab, da machte sich jeder seine Gedanken und fragte sich, was bedeutet dieses Ergebnis. Nun, es bedeutet einen Sieg über die Feinde der Einheit und des Friedens. Das Ergebnis ist ein großer Erfolg. Die große Mehrheit der Frauen und Männer hat sich klar und eindeutig zur Politik des Deutschen Volksrates bekannt und die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, für den Frieden einzutreten. Die Wahlen sind die beste Bestätigung dieser Tatsache. Es waren demokratische Wahlen, und diese Wahlen sind in Westdeutschland und im Westsektor Berlins verboten worden. Ich bin davon überzeugt, daß bei der Durchführung einer solchen freien Wahl in Gesamtdeutschland der größte Teil der Brüder und Schwestern seine Stimme mit den unsrigen vereint hätte. Aber das sollte verhindert werden. Die Spalter haben alles getan, um diese Wahlen zu stören und in Mißkredit zu bringen, um zu verhindern, daß das Volk in höchster Gefahr sein Bekenntnis zum Frieden abgibt. Darum wurde in Bonn die Separat-Verfassung durchgepeitscht und über Berlin das kleine Besatzungsstatut verhängt. Von den Feinden des Volkes wurde alles getan, um eine Kampfwahl herbeizuführen. Und diese Kampfwahl haben sie erhalten. Allen ihren Manövern zum Trotz wurde mit Ja gestimmt. 66 % haben mit diesem Ja ihre Entschlossenheit bekundet, an der demokratischen Ordnung festzuhalten und alles zu tun, um sie zu kräftigen. - Gewiß gab es Menschen, die dem Trommelfeuer der Feinde unterlagen und sich dazu stimmen ließen, gegen die Einheit des Vaterlandes zu stimmen. Es darf auch nicht verkannt werden, daß es im demokratischen Lager wie LDP und CDU Menschen gibt, die ein gefährliches Doppelspiel treiben. Nach außen hin sind sie für die Einheit Deutschlands, aber insgeheim betätigen sie sich als Agenten ausländischer Mächte. Diese Elemente sind äußerst gefährlich und müssen entlarvt werden. Das Volk hat jedoch gezeigt, daß es mit diesen heimlichen und versteckten Feinden fertig wird. -

Jetzt ist es die erste Aufgabe der Demokraten und Patrioten, nicht auszuruhen, sondern erst recht weiter zu arbeiten. Jetzt kommt es darauf an, die nationale Front zur Erhaltung der Einheit Deutschlands zu verbreitern und jeden zu gewinnen, der noch nicht klar genug sieht und in seiner Einstellung schwankt.

RESTRICTED

STAT

No. 99

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 18. Mai 1949Berlin: Das vorläufige Gesamtergebnis der Wahlen zum Dritten Deutsche Volkskongreß:

Land	Ja-Stimmen	Nein-Stimmen
Sachsen-Anhalt	1 990 326 = 71,6 %	788 674 = 28,4 %
Sachsen	2 350 711 = 62,3 %	1 420 264 = 37,7 %
Thüringen	1 094 130 = 52,7 %	951 412 = 37,3 %
Brandenburg	1 124 688 = 67,8 %	533 114 = 32,2 %
Mecklenburg	937 452 = 72, - %	364 486 = 28, - %
Ostsekt. Bln.	446 662 = 58,1 %	322 322 = 41,9 %
zusammen:	7 943 949 = 66,1 %	4 086 272 = 33,9 %

In einer Erklärung der Parteileitung der LDP zum Ergebnis der Delegiertenwahlen wird festgestellt, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung für die Politik des deutschen Volksrates, für den Abschluß des Friedensvertrages usw. ausgesprochen und damit den neuen Delegierten einen überzeugenden Vertrauensbeweis erbracht habe. Durch intensive Mitarbeit müsse es gelingen, auch die heute noch abseits stehenden für die große Idee der Einheit zu gewinnen.

In einer Erklärung des Hauptvorstandes der NDP wird zum Ausdruck gebracht, daß die Wahlen eine eindeutige Mehrheit für die Forderung nach Frieden erbracht haben. Mit den Wahlen sei die demokratische Grundlage für die Arbeiten der Volksbewegung klar geschaffen worden und niemand habe das Recht, dem Volkskongreß seine Legitimität zu bestreiten. Diejenigen Deutschen, die bisher noch keinen klaren Weg gefunden hätten, müßten von der nationalen Front überzeugt werden.

Aus dem Ergebnis der Volkskongreßwahlen zieht NUSCHKE die Schlußfolgerung, daß auf Grund des Volkskenntnisses der Volkskongreß noch eindrucksvoller zur alleinigen Repräsentation des deutschen Volkes geworden ist. Nach der Parlamentarische Rat ein unruhliches Ende gefunden habe, sei nur noch der deutsche Volkskongreß in der Lage, die deutsche Stimme bei den Pariser Außenminister-Besprechungen zu erheben. - Er führte aus, daß die Wahlvornahme in einwandfreier Weise durchgeführt worden wäre und die Anschuldigungen jeder Grundlage entbehrten.

GOLDENBAUM verwies in einer Stellungnahme auf die Tatsache, daß sich gerade die Wähler der mecklenburgischen Notstandsgebiete zu fast 75 % dafür ausgesprochen und daß sich in Berlin trotz aller Störungsversuche eine klare Mehrheit für den Kongreß ergeben habe.

Auf der Parteileiterkonferenz des Landesverbandes Groß-Berlin der SED sprach ULBRICHT ausführlich über das Ergebnis der Delegiertenwahlen. Er bezeichnete das Ergebnis als einen gewaltigen Sieg der friedliebenden Kräfte und als größte Niederlage der internationalen Kriegshetzer. Von besonderer Bedeutung sei das Ergebnis von Berlin, da hier alles daran gesetzt worden sei, die Wähler zu beeinflussen.

Adolf DETTER nahm im Namen der Gewerkschaften Stellung zur nationalen Front. Er äußerte, die Gefahr eines neuen Krieges sei augenblicklich nicht so drohend wie in den letzten Wochen. Zwar sei die Gefahr auch heute noch nicht beseitigt, aber doch abgewendet. Die Blockadenauflösung und das baldige Zusammentreffen der Außenminister seien ein erster Schritt der Verständigung. Das ist ein starker Erfolg der Friedensbewegung der SU und letzten Endes auch der beharrlichen Arbeit des GDB, sagte er. In einer Erklärung wird der Vorschlag zur Bildung einer nationalen Front begrüßt, denn der Kampf der nationalen Front sei der Kampf um die Einheit Deutschlands.

Leipzig: Zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig wurde heute Polizeipräsident Max OPITZ (SED) ernannt, der als Sohn eines Arbeiters im Jahre 1890 geboren wurde.

Chemnitz: Den volkseigenen Astrawerken in Chemnitz erteilte Holland einen Auftrag über Addier- und Buchungsmaschinen in Höhe von 157 640 hfl. Die erforderlichen Genehmigungen und Lieferungsanweisungen liegen bereits vor.

RESTRICTED

RESTRICTED

No. 100

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 19. Mai 1949

Berlin: Auf der 13. Sitzung des Präsidiums des Deutschen Volksrates betonte der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, Otto GROTEWOHL, erneut den Willen des deutschen Volkes nach Frieden, einem einheitlichen Deutschland und Abzug der Besatzungstruppen. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Rat der Außenminister in Paris das Abstimmungsergebnis bei den Wahlen zum Deutschen Volkskongreß berücksichtigen werden wird. Den Gegnern der Volkskongreßbewegung habe die Abstimmung gezeigt, daß die Versuche, neue Zwietracht zu säen, ergebnislos bleiben würden. Die Einberufung des Deutschen Volkskongresses wurde für den 29. und 30. Mai beschlossen. Auf der Tagesordnung stehen Referate von Otto Buschke, Dr. Kastner, Max Reimann, Vincenz Müller sowie die Deutschlandfrage auf der Pariser Konferenz. Abschließend wird die Gewahl des Deutschen Volksrates durchgeführt werden.

Die Zeitung "Neues Deutschland" schreibt zum Dritten Dt. Volkskongreß: Mehr denn je beschäftigt sich heute die demokratische Öffentlichkeit mit der Frage, ob die eindeutige Entscheidung in der Ostzone nicht dazu führen muß, eine gesamtdeutsche Entscheidung herbeizuführen. Eine solche eindeutige Willenserklärung, wie sie in der Ostzone in den Wahlen zum Ausdruck kam, beweist den Anhängern der Spaltungspolitik deutlich, daß dieses Beispiel auch in westdeutschland Schule machen wird und auch die westdeutsche Bevölkerung eine klare und eindeutige Antwort geben würde.

Halle: Im Leunawerk sind seit dem 1. Mai 78 Abteilungen mit 17 000 Arbeitern und Angestellten in innerbetrieblichen Wettbewerb. Es geht vor allem um die Steigerung der Produktion, Auswertung von Verbesserungsvorschlägen sowie um soziale Einrichtungen.

Moskau: In einem Artikel der "Neuen Zeit" heißt es: Die Völker der ganzen Welt haben die richtigen Lehren aus der Geschichte der jüngsten Vergangenheit gezogen. Es gibt keine noch so brennende Frage der Völker, die nicht durch friedliche internationale Zusammenarbeit eine positive Lösung ergeben kann. Die Aufgabe besteht nicht nur darin, einen Krieg zu gewinnen, sondern auch darin, die Aggression eines neuen Krieges, wenn auch nicht für immer, so doch auf lange Zeit unmöglich zu machen. Die SU ist für den Frieden. Darum findet auch ihre Politik die volle Billigung des einfachen Menschen in der ganzen Welt. Es hat sich immer wieder bestätigt, daß nur winzige Grüppchen von Kriegshetzern an gespannten Beziehungen zwischen den Völkern interessiert sind. --- Zur Deutschlandfrage heißt es: Jeder Versuch einer positiven Entscheidung fordere die Beachtung der Abkommen von Potsdam und Yalta. Nur auf dieser Grundlage könne man die Lösung der Frage im Interesse des deutschen Volkes erreichen.

Berlin: Um die Initiative der Privatbetriebe zu fördern, hat das Sekretariat der DVK eine neue Verfügung erlassen. Danach werden alle Landesregierungen verpflichtet, Vorschläge für eine stärkere Heranziehung der Privatunternehmen auszuarbeiten. Volkseigene Betriebe bzw. ihre Vereinigungen sollen mit Privatbetrieben Verträge abschließen. Diese erhalten auf Grund der Vertragsabschlüsse Material zugeteilt. Von diesem neuen System erhofft man eine gesunde Auswirkung auf die Preisgestaltung.

Sender Leipzig vom 20. Mai 1949

Berlin: Mit der Frage, wer das deutsche Volk bei der Außenministerkonferenz vertritt und wo die vom Volk gewählte Mehrheit besteht, setzt sich heute die Tgl. Rundschau auseinander. Während der Volkskongreß 8 Mill. Deutsche, d.h. 66 %, hinter sich hat, wurde der Konner Parl. Rat sorgfältig unter alliierter Kontrolle in den einzelnen Ländern zusammengestellt. Das Blatt verweist auf die Windeseile, mit der das Grundgesetz durchgepeitscht wurde, um das Werk der Einigung Deutschlands von vornherein dümmlich zu machen. Der Artikel endet, das deutsche Volk wünscht kein Besatzungsstatut. Es will die Einheit Deutschlands, wie sie vom Volkskongreß gefordert wird, und deshalb vertritt dieser allein das deutsche Volk.

RESTRICTED

No. 101

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 21. Mai 1949

Hannover: Die Aktionsgemeinschaft der Jugend habe keinerlei Aussicht, lizenziert zu werden, verlautet aus Kreisen nahestehender brit. Stellen. Die Mil. Rep. sei nur deshalb nicht früher eingeschritten, weil sie nicht gerechnet habe, daß eine Besprechung über die Einheit Deutschlands zustande kommen würde. Man habe vielmehr erwartet, daß sich westdeutsche Politiker und Organisationen ablehnend verhalten würden. Prof. NOACK erklärte in Frankfurt, die britische Militärregierung hätte das erste gesamtdeutsche Gespräch nicht verbieten dürfen.

Berlin: Die unter Einsetzung von Stumm Polizei und MP durchgeführten Eingriffe in den Eisenbahnstreik dauern weiter an. In Tempelhof koppelte Westpolizei die Lokomotive eines Interzonenzuges ab. In Tegel wurden Transformatoren beschädigt. In Potsdam und Wannsee wurden Schienen aufgerissen. Zur Beseitigung der Schäden haben sich Arbeiter aus Brandenburg, Erfurt usw. zur Verfügung gestellt.

Frankfurt a.O.: Weitere 5 024 ehem. dt. Kriegsgef. trafen am Wochenende in Tronefelde ein.

Auszüge aus dem Kommentar von Kurt HEISS am 22. 5. 1949:

Morgen tritt der Rat der Außenminister in Paris zusammen. Als vor 14 Tagen die Meldung hierüber zusammen mit der Aufhebung der Verkehrseinschränkungen veröffentlicht wurde, da ging ein Aufatmen durch das dt. Volk. Es hatte lange gedauert, bis diese Nachricht eingetroffen war. Schien es doch, als ob sich die Situation hoffnungslos verfahren hätte. Aber die Freunde des Friedens, die Vertreter des Fortschritts blieben nicht müßig. Die SU setzte ihre beharrliche Friedenspolitik fort. Arbeiter und Werktätige führten erfolgreiche Kämpfe. Die Kriegshetzer wurden zurückgedrängt, ihre exponiertesten Vertreter wurden kaltgestellt. Unsere Chancen haben sich verbessert. Ich glaube, wir Deutsche müßten klar erkennen, daß wir selbst zu dieser Entwicklung nicht gerade den größten Beitrag geliefert haben. Gewiß haben die Frauen und Männer, die ihr Bekenntnis zum einheitlichen Deutschland aussprechen, sich als wahre Patrioten erwiesen. Aber es ist nichts desto weniger eine bezeichnende Tatsache, daß es uns Deutschen noch nicht gelungen ist, einheitlich und geschlossen aufzutreten, um unseren Willen zu bekunden. Ich brauche nur die Schlagzeilen westlich lizenzierter Zeitungen der letzten Tage anzuführen. Da heißt es: Amerika bleibt konsequent. Die Außenminister sind sich einig, um die Initiative in der Hand zu behalten usw. Es ist bekannt, wer hinter diesen Artikeln steht. Doch es sind deutsche Aresturen, die damit Teile unseres Volkes verärgern. Daß sie es gerade jetzt tun, läßt jeden Freund des Friedens und der Einheit Deutschlands mit schweren Sorgen nach Paris blicken. Denn es sind Äußerungen, die von den westlichen Besatzungsmächten inspiriert sind. - Es gibt einige Tatsachen, die wirklich zu Bedenken anlaß geben. Da sind z.B. die Besprechungen zwischen Vertretern der DM und des Frankfurter Wirtschaftsrats über die Regelung des Interzonenhandels. Diese Besprechungen sind auf einem toten Punkt angelangt, nachdem sie anfangs zur beiderseitigen Zufriedenheit verliefen. Die gaben auf Anweisung der Westmächte ihre bestimmte Haltung auf und handelten entgegen den deutschen Interessen. Eine weitere Zwangsmaßnahme ist die Auflösung der in Hannover geplanten gesamtdeutschen Besprechungen. Dazu kommen nun noch die Streikmaßnahmen in Berlin. Das alles hat sich erst zum Wochenende zutragen. Dem waren aber andere Ereignisse vorausgegangen, die auf der gleichen Ebene liegen, wie z.B. die Durchbrechung des Grundgesetzes. Entspricht dies nun aber alles unserem Willen nach der Herstellung der Einheit Dtschld.? Sings ist sicher: Das Schicksal unseres Volkes hängt von uns selbst ab. Je besser wir es verstehen, unsere Interessen einheitlich und geschlossen vor aller Welt zu vertreten, desto sicherer wird es uns auch gelingen, diese Interessen durchzusetzen. - Es ist die Politik der SU, die die Entspannung herbeiführte. Dieser Politik ist auch das Zustandekommen der Außenministerkonferenz zu verdanken. Die in der letzten Zeit zurückgedrängten Kräfte des Imperialismus setzen offensichtlich alles daran die Tagung zum Scheitern zu bringen. Wir Deutsche können unseren Beitrag liefern, wenn wir eine geschlossene nationale Front bilden und unseren Willen einmütig zum Ausdruck bringen.

westl.
vertre-
ter

RESTRI

No. 102

Auszüge aus Rundfunkberichten

Sender Leipzig vom 23. Mai 1949

Berlin: Der Bundesvorstand des DGB sprach Adolf HENNECKE zu seinem 44. Geburtstag die besten Glückwünsche aus: "Durch Deine beispielhafte Tat ist Dein Name für immer mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden".

Auszüge aus dem Kommentar von Heinz ZOEBER:

Am morgen werden die Verkaufsstellen der Handels-Organisation mehr als 7 000 verschiedene Artikel zu neuen Preisen verkaufen. Die Preissenkung wurde nicht schematisch durchgeführt, sondern richtete sich nach der Warendeckung, nach Angebot und Nachfrage. Nach diesen Gesichtspunkten ergaben sich Preissenkungen von 20 bis 50 %. Die Liste umfaßt praktisch alles, was in den Verkaufsstellen der Handels-Organisation angeboten wird. Ausgenommen sind allerdings die Waren, die nicht mehr bewirtschaftet sind und zu normalen Preisen verkauft werden, als da sind Haushaltsartikel, Porzellane, Koffer, Taschen usw. Diese Preissenkung ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur friedlichen Wirtschaft. Erst kürzlich hat Fritz Selbmann erklärt, das Ziel sei, die Kräfte so zu lenken, daß der Bedarf gedeckt werden könne, und jeder in der Lage sei, so viel zu kaufen, wie und was er wolle. Die freien Läden sind eines der wichtigsten Mittel, um dieses Ziel zu erreichen. Heutzutage sind manche Warenmengen noch nicht ausreichend vorhanden. Dank der ständig wachsenden Produktion ist der Vorrat aber schon bedeutend größer und eines Tages werden die Geschäfte soviel auf Lager haben, daß der Bedarf gedeckt werden kann. Das ist dann der Tag, an dem man auch in den HO-Läden die Ware zum normalen Preis erhalten kann. Und das wird dann auch das Ende des Kartensystems sein. Immer wieder hört man nun die Frage, wann wird das sein und wozu überhaupt staatliche Geschäfte? Nun, plane die nicht für eine allgemeine Verteilung bestimmte Ware unkontrolliert in die freie Wirtschaft, würde der größte Teil unweigerlich auf dem Schwarzen Markt wandern. Und wer hätte davon Profit, am wenigsten die Allgemeinheit. Mit der Polizei allein könnte nichts erreicht werden, auch der Schwarze Markt würde damit nicht ausgeräumt. - Mancher will den Sinn dieser Maßnahme nicht begreifen. Er sieht nur, daß die Preise hoch sind und er nicht immer in der Lage ist, die Ware zu kaufen. - Was geschieht nun mit dem Geld? Der Erlös wandert zum größten Teil in die Hand der DWK, die es ihrerseits wieder in die Wirtschaft steckt, so werden z.B. neue Fabriken gebaut, d.h. in Bälde neue Waren und Produktionssteigerung. Den Warenzuström folgen neue Preise und man nähert sich dem Ziele einer normalen Friedenswirtschaft. Und mit der Erfüllung und Übererfüllung des Plansolls werden wir dieses Ziel, eine normale Friedenswirtschaft, erreichen.

Sender Leipzig vom 24. Mai 1949

Berlin: Die provozierenden Gewaltakte gegen den S-Bahnverkehr werden auch heute fortgeführt. Bewaffnete Sturm-Truppen versuchen immer wieder, den sich normalisierenden Verkehr zu stören. Der Fahrplan der Interzonenzüge ist dadurch völlig durcheinander geraten. Güterzüge aus Westdeutschland wurden gestern nach Bahnhöfen des sowjet. Sektors geleitet und auch dort entladen. Aus Helmstedt kommen Güterzüge noch an, doch müssen sie westlich von Potsdam auf Nebengleise abgestellt werden, da die Streikenden eine direkte Zufahrt nicht gestatten.

Dresden: Im Zuge der sowjetischen Lebensmittelsendungen erhielt Sachsen während der ersten Mai-Hälfte 2 000 t Gerste und 1 100 t Fette. Seit Beginn des zweiten Quartals 1949 lieferten außerdem verschiedene Länder 3 600 t Fische.

Berlin: Auf Grund zahlreicher Anfragen, ob die deutsche Handelsgesellschaft nicht geneigt sei, Verhandlungen mit westdeutschen Wirtschaftskreisen aufzunehmen, gibt sie ihre Bereitschaft bekannt, Persönlichkeiten aus dem Westen zwecks Vorbereitung des Interzonenverkehrs in Berlin zu empfangen.